

Breslauer



Zeitung

Nr. 310.

Sonnabend den 8. November

1851.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Die Auflösung der Fachkonferenzen in Frankfurt. Die Stellung Oesterreichs und Preußens in der französischen Frage.) — (Zur Schleswig-holsteinischen Frage.) — (Entlassungsgeheiß des Finanzministers. Hof- und Personal-Nachrichten.) — (Militär-Angelegenheiten.) — (Zur Tages-Chronik.) — Düsseldorf. (Die Polizei betreffend.) — Deutschland. München. (Aus der Kammer.) — Wiesbaden. (Hausungen.) — Kassel. (Wahlen. Erkenntnis gegen Henkel und Hornstein.) — Hannover. (Das Befinden des Königs.) — Bremen. (Zu Bezug auf die Angelegenheit des Hrn. Dulon.) — Braunschweig. (Aus der Kammer.) — Hamburg. (Berichtigung. Enthiasmus österreichischer Soldaten für Kossuth.) — (Schleswig-holsteinisches.) — Aus Holstein. (Grundbesitzsteuer.) — Kiel. (Eine Biobiospost. Durchgangszoll.) — Oesterreich. Wien. (Tagesbericht.) — Frankreich. Paris. (Sitzung der Legislativen.) — Großbritannien. London. (Kossuth.) — Belgien. Brüssel. (Eröffnung der Kammern.) — Schweiz. Zürich. (Gewinnung gelehrter Männer.) — Bern. (Bedenkliche Zustände.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Die evangelische Kirchen- und Schulzeitung.) — (Dr. Stein.) — (Der evangelische Verein.) — (Aus dem Gemeinderathe.) — (Das Münzkabinett der hiesigen Universität.) — Liegnitz. (Ein gestörtes Fest. Baumfrevler.) — Ohlau. (Religionswechsel.) — Hennigsdorf. (Schulhausweihe.) — Ratibor. (Zweigverein des Gustav-Adolphs-Vereins.) — Notizen aus der Provinz. — Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Breslau. (Schwurgericht.) — (Eine Regierungs-Verfügung.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Aus Oberschlesien. (Konkurrenz der Staats-Industrie mit der Privat-Industrie.) — (Monatsübersicht der preussischen Bank.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner und Stettiner Markt.) — Gölitz. (Wochenbericht.) — Breslau. (Kaufmännischer Verein.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 5. November. In der Repräsentanten-Kammer fanden die Bureau-Wahlen statt. Mit Ausnahme Percevals, welcher nicht wieder zum Sekretär gewählt worden, wurden sämtliche frühere Bureau-Vorsteher wieder gewählt.

London, 5. November, Nachm. 5 Uhr 30 Min. Die Botschaft des Präsidenten der französischen Republik war bereits bekannt, jedoch ohne Einfluss auf die Börse.

Hamburg, 6. Novbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Roggen, pro Frühjahr, pommerischer geräumt, Königsberger 80 gefordert, 1 à 2 niedriger zu lassen; Danzig 78 zu haben. Weizen, pro Frühjahr pommerischer 130 Pfd. 96 zu haben, 94 wohl zu machen. Del. pro loco 19, pro Dezember 19 3/8, pro Mai 20 1/2.

London, 5. Novbr., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 97 7/8, 98. Korn fester.

Frankfurt a. M., 5. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 35 1/2.

Paris, 6. Nov. 5 1/2 90. 65. 3 1/2 56. (Berl. Bl.)

Breslau, 7. Nov. [Zur Situation.] Der heutige Staats-Anzeiger bringt die Verordnung, durch welche die preussischen Kammern zum 27. Nov. einberufen werden; zugleich bestätigt das C. B. die von der „D. N. Z.“ bereits gebrachte Meldung, daß der Herr Finanzminister seine Entlassung eingereicht habe, bezweifelt aber, daß dieselbe würde angenommen werden.

Unser Berliner □-Korrespondent schildert die handelspolitische Situation Preußens mit Rücksicht auf die in Frankfurt mißglickte Konferenz, wegen deren die „N. Pr. Z.“ mit den österreichischen Organen, namentlich der „D. P. M. Z.“ eine sehr heftige Polemik eröffnet. Wie aus anderweitigen Mittheilungen hervorgeht, dürfte es nächstens zu einem Kongress der Zollvereinsstaaten mit Zuziehung Hannovers kommen, um das von Preußen gefälligte Bündnis auf neuen Grundlagen aufrecht zu erhalten.

Aus Kiel wird gemeldet, daß die Bundeskommissare in Anbetracht der Willkürlichkeiten, welche sich die dänische Regierung in Schleswig erlaubt, die Einwilligung zur Einverleibung des holsteinischen Kontingents zurückgenommen haben.

In Brüssel ist die parlamentarische Session durch eine Thronrede des Königs eröffnet worden, worin dieser in Anbetracht der drohenden Eventualitäten zu einem einschneidenden Handeln der Staatsgewalten auffordert.

Aus Paris erhalten wir heute ausführlichen Bericht über die Präsidentenbotschaft und die Sitzung vom 4. d. M. Der Charakter derselben ist durch die telegraphische Depesche vom 4. d. M. richtig geschildert worden. Es spricht sich darin die Absicht auf fernere Aufrechterhaltung der bisherigen konservativen Politik entschieden aus; nur merkt man gar zu sehr die Absicht heraus, und dieser Eindruck wird wahrlich nicht dadurch geschwächt, daß der Präsident sich gegen den Verdacht „persönlicher Rücksichten“ verwahrt. Den Antrag auf Abschaffung des Wahlgesetzes vom 31. Mai motivirt die Botschaft damit, daß man der Opposition die Fährne und den Vorwand entziehen müsse. Auch habe das Gesetz vom 31. Mai unzulässig seine Uebelstände; es habe mehr als 3 Millionen und zwar hauptsächlich „ländliche Wähler“ vom Stimmrecht ausgeschlossen und dies sei um so bedenklicher, als die Verfassung für die Ernennung des Präsidenten der Republik 2 Millionen Stimmen verlange.

Die Haltung der Majorität war eine, wenn nicht entschieden feindliche, doch zurückhaltende, und wenn wir auch noch nicht an einer Versöhnung mit dem Elysée zweifeln, so ist doch sicher, daß die Majorität entschlossen ist, ihr Uebergewicht argwöhnisch zu wahren. Doch ward die Dringlichkeitsfrage, nachdem Berrys ursprünglicher Antrag auf Einsetzung einer Art von Untersuchungs-Kommission fallen gelassen worden war, doch nur mit einer schwachen Majorität verworfen.

Wenn übrigens die nordischen Allianzkräfte, wie es scheint, zu einer größern Zuversicht gegenüber den Eventualitäten des Jahres 1852 gelangt sind; so erhalten wir heute von anderer Seite ein Zeugnis über die Bedenklichkeit der französischen Situation, welchem eine große Bedeutung und Beachtung nicht abzusprechen sein dürfte.

In dem amerikanischen Journal of Commerce findet sich folgender Brief von Mr. Walsh, amerikanischen General-Konsul in Paris, welcher schon deswegen von Interesse ist, weil er zeigt, mit welcher rücksichtslosen Deffentlichkeit die amerikanischen Agenten sich in ihrer heimatlichen Presse über unsere Zustände im Allgemeinen auszusprechen belieben. Mr. Walsh schreibt: „daß große Ereignisse vor der Thüre sind, ist klar. Die Krisis, von welcher ich oft gesprochen habe, rückt immer näher. Zwischen

Oktober d. J. und dem Mai 1852 wird das Schicksal von Europa für ein halbes Jahrhundert, und das ist für die gegenwärtige Zeit eine lange Frist — entschieden sein. Ein starker Kampf — vielleicht ein sehr verzweifelter und blutiger — zwischen bürgerlicher und religiöser Freiheit auf der einen, zwischen religiöser und politischer Despotie auf der andern Seite! Gott allein kennt den Ausgang. Ich finde, daß hier (Paris) in den politischen Kreisen eine wundervolle Regsamkeit herrscht. Die fremden Gesandten, namentlich die von Oesterreich, Preußen und Rußland haben häufige Konferenzen, schicken und erhalten in Einem fort Depeschen. Auch die Bevollmächtigten der kleineren Staaten, wie Sardinien, Neapel, Spanien, Rom, Belgien und Holland sind nicht faul. Die von England und Amerika sind auf ihrer Hut und Ersterer hat nicht wenig zu thun, um diese Continentalen und die Bewegungen ihrer Gebieter zu überwachen.“

Preußen.

Berlin, 6. Nov. [Amtliches.] Der Staats-Anz. enthält folgende Verordnung: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u., verordnen in Gemäßheit der Art. 76 und 77 der Verfassungs-Urkunde, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

die Kammern werden auf den 27ten dieses Monats in Unsere Hauptstadt und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Unser Staats-Ministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. — Urkundlich unter Unserer Höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel. — Gegeben auf Unserem Schlosse zu Berlin, den 4. November 1851.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Stockhausen. v. Raumer. v. Westphalen. v. Bodelschwingh.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem geheimen Justiz- und Appellationsgerichtsrath Mathias Anton v. Hartmann zu Münster den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem geistlichen Rath und Pfarrer Engel zu Wehringendorf, Oberamts Gammertingen, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem geistlichen Rath, Dekan und Stadtpfarrer Bulach zu Hechingen, dem Medizinalrath, Landschafts-Physikus und kaiserlichen Leibarzt Gfrörer zu Hechingen, dem Landschafts-Bundard Dr. Bofsch zu Hechingen, dem Dekan und Stadtpfarrer Engst in Heigerloch, so wie dem Regierungs-Medizinalrath Koller zu Hechingen, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Rechtsanwalte und Notar Pösch zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Justizrath; und dem Schneidermeister Karl Grimm zu Potsdam das Prädikat eines königlichen Hof-Kleidermachers zu verleihen.

Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin Karl, so wie Höchstderen Töchter, die Prinzessinnen Louise und Anna königliche Hoheiten, sind nach Weimar abgereist.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 4ten Klasse 104ter königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 10,000 Rthlr. auf Nr. 34454 in Berlin bei Aron jun.; 2 Gewinne zu 5000 Rthlr. fielen auf Nr. 22282 und 26345 in Berlin bei Mevin und nach Breslau bei Schreiber; 2 Gewinne zu 2000 Rthlr. auf Nr. 13614 und 33469 nach Köln bei Kraus und nach Düsseldorf bei Spag; 41 Gewinne zu 1000 Rthlr. auf Nr. 2398. 3305. 5730. 12397. 14586. 15008. 15418. 15693. 17093. 21091. 21552. 23051. 26520. 27096. 27508. 30665. 31538. 32739. 33527. 34736. 38749. 39717. 42931. 45110. 49061. 52089. 57701. 60391. 61662. 64300. 64359. 66378. 68031. 68277. 68475. 68477. 69182. 72034. 73314. 75116 und 79716 in Berlin 4mal bei Mevin, bei Borchardt und 3mal bei Seeger, nach Aachen bei Levy, Breslau bei Schewe und bei Schreiber, Köln bei Reimbolt, Danzig bei Meyer, Düsseldorf 4mal bei Spag, Ehrenbreitstein bei Goldschmidt, Erfurt bei Unger, Frankenstein bei Friedländer, Frankfurt bei Salzmann, Gießen bei Zippert, Halberstadt bei Sufmann, Jüterbogk bei Apponius, Königsberg i. Pr. bei Heygster und bei Sieburger, Landsberg bei Borchardt, Magdeburg bei Brauns, Memel 2mal bei Kaufmann, Merseburg bei Kieselbach, Neumarkt bei Wirsig, Potsdam 2mal bei Hiller, Sagan bei Wienthal, Schweidnitz bei Scholz, Stettin bei Schmolow und 2mal bei Wisnack, Thorn bei Krupinski und nach Weisensels bei Hommel; 49 Gewinne zu 500 Rthlr. auf Nr. 483. 613. 922. 1006. 2982. 5267. 5340. 6355. 6424. 7797. 9212. 10787. 13011. 13546. 13977. 14851. 15576. 16130. 19028. 21297.

23781. 24803. 25196. 32577. 35370. 37037. 41167. 41980. 42346. 43951. 49111. 50060. 51657. 52209. 53640. 54513. 57771. 58197. 58602. 59108. 59623. 63012. 64169. 66938. 70806. 72813. 77960. 78060 und 79399 in Berlin bei Burg, 2mal bei Dettmann, bei Grack, bei Kraft, bei Magdorf, bei Rosenborn, bei Securius und 3mal bei Seeger, nach Nachen bei Levy, Breslau bei Froboß, 2mal bei Scheche, 5mal bei Schreiber und bei Sternberg, Bunsau bei Effmert, Koblenz bei Gevenich, Köln 2mal bei Reimbolt, Danzig 3mal bei Rogoll, Düsseldorf bei Spaz, Eulenburg bei Kieselwetter, Hagen bei Köfener, Halle 3mal bei Lehmann, Königsberg i. Pr. bei Samter, Landsberg bei Borchardt, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Koch, Merseburg bei Kieselbach, Naumburg bei Vogel, Neisse bei Jäkel, Paderborn bei Paderstein, Reichenbach bei Scharff, Stettin 2mal bei Schwolow und bei Wilsnach, Tilsit bei Löwenberg und nach Wittenberg 2mal bei Haberland; 60 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 1298. 1384. 4449. 4929. 5139. 6029. 6599. 6863. 7111. 8012. 8687. 9096. 9117. 9124. 9225. 12517. 13291. 13383. 14537. 20013. 20056. 21135. 21427. 21931. 23483. 23685. 24293. 24458. 27941. 33380. 34645. 35632. 40656. 41014. 43300. 43634. 45938. 57102. 58039. 59103. 60461. 60921. 61349. 62243. 63552. 64244. 64333. 66716. 67033. 67623. 69036. 69566. 70142. 70551. 71084. 71205. 71658. 71911. 75030 und 79289.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspekteur der 2ten Artillerie-Inspektion, v. Strotha, von Erfurt. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und kommandirender General des 7ten Armeekorps, Graf v. d. Gröben, ist, aus der Provinz Preußen kommend, nach Münster hier durchgereist.

□ **Berlin**, 6. November. [Die Auflösung der Fachmänner-Konferenzen in Frankfurt. — Die Stellung Oesterreichs und Preußens in der französischen Frage.] Die Nachrichten aus Frankfurt berichten heut von einer definitiven Auflösung der handelspolitischen Fachmänner-Konferenzen, und von der Absicht, die Verhandlungs-Resultate zuvörderst den Regierungen zur Kenntnissnahme und weitem Beschlussfassung vorzulegen. Von eigentlichen Resultaten wird aber bei diesen Verhandlungen schwerlich die Rede sein können, da der neue österreichische Tarif in Frankfurt noch gar nicht vorgelegen hat, und auch der Ministerialrath Hock bei seiner lang erwarteten Ankunft sich keineswegs im Besitz desselben befand. Der geh. Regierungsrath Delbrück war für diesen Fall instruiert, alle ferneren Verhandlungen dieser technischen Kommission sofort abzubrechen und preussischer Seite für geschlossen zu erklären, sobald aber nach Berlin zurückzukehren. Damit ist es klar geworden, daß Oesterreich diese handelspolitischen Konferenzen, auf deren große Bedeutung für die materiellen Interessen des deutschen Bundes es noch vor Kurzem ausdrücklich hingewiesen, nur zu einer neuen Ausbittung gegen Preußen und dessen handelspolitische Stellung hat benutzen wollen. Der neue österreichische Tarif ist gleichwohl nichts weniger als apokryphisch, aber er scheint bestimmt, eher in italienischer als in deutscher Sprache bekannt und in Umlauf gebracht zu werden, denn wie man aus Wien erfährt, hat ihn die österreichische Regierung so eben ins Italienische übersetzen lassen, um ihn mehreren italienischen Regierungen mit denen Oesterreich wegen ihres Eintritts in den österreichischen Zoll- und Handels-Verband in Verhandlung steht, zuzusenden. Die österreichische Regierung bewährt auch hier ihre Taktik, in langsamen und weitläufigen Schwingungen allmählig den Punkt zu umkreisen, auf den sie sich niederzulassen gedenkt. Mit dieser Behandlung der Zollvereinigungs-Projekt befindet sich das schrittweise Vorrücken der österreichischen Gesamt-Eintritts-Frage auf einer und derselben Stufe. Oesterreich hält in beiden Fragen seine definitiven Anträge beim Bundestage noch zurück, und es scheint, daß sämtliche Vorbedingungen, auf die es sich dabei stützen will, bisher noch nicht erfüllt sind. Beide Fragen werden dann wahrscheinlich in einem gewissen Zusammenhang aufgestellt und miteinander zur Entscheidung gebracht werden. Vor der Hand scheint es der österreichischen Regierung wieder dringlicher, ihre handelspolitische Position auszurunden und zu erweitern, um dann für den politischen und materiellen Eintritt in Deutschland die vermeintliche Reichhaltigkeit der Beziehungen noch gesteigert aufzeigen zu können. Es sind aber in dieser Hinsicht bei den deutschen Regierungen und Völkern nicht gerade viele Illusionen vorhanden, welche den Anerbietungen und Plänen Oesterreichs zugute kommen könnten.

Die Eventualitäten der französischen Republik scheinen von Seiten Oesterreichs und Preußens jetzt mit großer Ruhe abgewartet zu werden, obwohl sich dieselben auch nach der vielbesprochenen Präsidenten-Vorschau noch keineswegs in eine bestimmte Combination fassen lassen dürften. Die nordischen Allianz-Mächte fürchten seit einiger Zeit nicht mehr den Einfluß der Prinzipien, der von Frankreich und von dem Beispiel der französischen Republik für das übrige Europa ausgehen könnte. Bei dem entscheidenden Wendepunkt, auf dem sich die europäischen Allianzen ohne Zweifel in diesem Augenblick befinden, scheint es den nordischen Mächten vornehmlich daran gelegen, Frankreich, in welcher Staatsform sich dasselbe auch immer befinde, in die von ihnen gebildete Kette einzuschließen. Man glaubt auf diesem Wege auch den wirksamsten, England, von der europäischen Politik isoliren zu können, denn das constitutionelle England, welches neuerdings eine so große Energie des Freiheitsbewußtseins und so viel Nichtachtung der Diplomatie entwickelt hat, ist den nordischen Großmächten jetzt bei weitem gefährlicher gegenübergetreten, als das republikanische Frankreich. Diese Erwägungen, die allerdings durch die Aufnahme Rothschilds in England in ihre Reihe getreten sind, haben auch das preussische, ebenso wie das österreichische Kabinett bestimmt, ihre früher ziemlich bestimmt vorhandene Abneigung gegen die Person Louis Napoleons fahren zu lassen. Die österreichische Regierung ist ihm schon erkenntlich dafür, daß er den Beitrag verhinderte, den die französische Bevölkerung ebenfalls zu den Kossuth-Demonstrationen gegen Oesterreich geliefert haben würde. So wird Preußen auch in der französischen Frage wiederum nur in einem sekundären Anschlag an die Politik Oesterreichs erscheinen, ungeachtet aller Zwiespältigkeit und Gegensätzlichkeit, zu der beide Staaten ohne Zweifel auf dem handelspolitischen Gebiet wieder zu einander herausgetreten sind, und in der sie sich, wenn Preußen nicht auch seine materiellen Interessen gänzlich aufs Spiel setzen will, nothwendig noch streiten müssen.

Berlin, 6. Novbr. [Zur Schleswig-holsteinischen Frage.] Die Uebergriffe der dänischen Herrschaft in Schleswig haben unter den Augen der Bundes-Kommissarien nicht aufgehört. Täglich laufen neue Nachrichten ein über die Art und Weise, wie Dänemark das deutsche Element zu unterdrücken sucht; Absetzungen deutsch gesinnter Männer bleiben an der Tagesordnung. — Die Verhandlungen über die

Schleswig-holsteinische Angelegenheit ziehen sich immer weiter hinaus, und die beiden deutschen Großmächte vermögen offenbar Nichts, um inzwischen dem dänischen Treiben irgend ein Ziel zu setzen.

Man schreibt von hier der Weser-Ztg.: „Das Gutachten des Professors Pernice bestreitet sowohl die Erbrechte der Augustenburger als die der Glücksburger, und hält daher einen Erbvergleich unter allen Beteiligten für das beste Mittel zur Beseitigung der Streitfrage: Am nächsten berechtigt in der Erbfolge erscheint ihm die russische!“ — Da wäre freilich Allen geholfen.

Ueber die Stellung des neuen dänischen Ministeriums zur Schleswig-holsteinischen Frage gehen der Voss. Ztg. folgende Mittheilungen zu. Von deutscher Seite hatte man, gegenüber der freisinnigen Verfassung Dänemarks, die Wiederherstellung der früheren gemeinschaftlichen ständischen Vertretung der Herzogthümer Schleswig-Holstein gefordert. Die dänische Regierung will sich jedoch weder auf die Wiedereinführung der früheren ständischen, noch einer gemeinschaftlichen Verfassung einlassen, vielmehr in letzterer Beziehung die vollständige Trennung Schleswigs von Holstein, bis auf einige unwesentliche Punkte, ein für allemal ausgesprochen wissen. Hiernach soll die dänische Regierung auf der Einberufung der Landesvertretung des Herzogthums Schleswig behufs Beschlussfassung über ein neues Wahlgesetz, welches sowohl für die abgesonderte Verwaltung Schleswigs gültig sein, wie auch die Verbindung Schleswigs mit Dänemark, resp. mit dem Reichstage, vermitteln würde, bestehen. Diejenigen Punkte, welche die beiden Herzogthümer noch gemeinsam haben würden, sind in politischer Beziehung gänzlich ohne Bedeutung; sie betreffen nur Kommunal-Angelegenheiten, und sind in der bekanntesten Vorlage, welche der Notablen-Versammlung zu Flensburg unterbreitet wurde, genannt. Was die Inkorporierung Schleswigs in Dänemark betrifft, so soll das dänische Ministerium diesen Punkt vorläufig noch als eine offene Frage betrachten wollen. Was die frühere Verfassung Holsteins betrifft, so dürfte dieselbe insofern alterirt werden, als dies in Betreff der Verbindung Holsteins mit dem Königreiche Dänemark in allen Gesamtstaats-Angelegenheiten erforderlich wäre.

× **Berlin**, 6. Novbr. [Zur Handelspolitik.] Die handelspolitischen Verhandlungen in Frankfurt haben sich zwar nicht in Wohlgefallen, wohl aber — in Nichts aufgelöst und der diesseitige Kommissar, Hr. geh. R.-Rath Delbrück ist heut Abend wieder hier eingetroffen. Auf die Insinuation der D. P. U. Z., daß Herr Delbrück daran Schuld sei, daß Nichts zu Stande gekommen, erklärt heut die D. P. Z., daß Hr. Delbrück nur solche Instruktionen erhalten hat, welche sich wesentlich an That-sachen halten, also — an die Realität des Zollvereins. Da die von Preußen mit den Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Verträge noch rechtsgültig bestehen, kann die preussische Regierung ihre handelspolitischen Ansichten auch nur den thatsächlichen Verhältnissen anpassen und eine Aenderung der Handelsbeziehungen in Deutschland zunächst nur von einer Verständigung zwischen den drei Handelsgebieten abhängig machen, welche heute noch existiren: die Nordseestaaten, der Zollverein und Oesterreich. Will man diese Position und Respektierung geschichtlicher Daten eine „Opposition“ nennen, so ist die Bezeichnung insofern neu und für das Handelsgebiet eigenthümlich, als sie dem in der Politik hergebrachten Begriffe „Opposition“ geradezu entgegengesetzt ist; denn von politischer Opposition im prägnanten technischen Sinne pflegt man zu reden, wenn Jemand sich von dem Boden des historischen Rechts entfernt. Nach unserer Terminologie hat der österreichische Kommissarius in Frankfurt Opposition gemacht, weil er das Faktum des Zollvereins ignoriren wollte, während sämtliche Bevollmächtigte des Zollvereins in voller ungeteilter Uebereinstimmung mit dem preussischen Bevollmächtigten von Anfang der Verhandlungen an diesem Verfahren entgegen waren. Es ist also wiederum, wie neuerdings öfter, der Versuch wiederholt, den preussischen Kommissarius isolirt darzustellen in seiner Handlungsweise, die ihm aus Pflicht geboten war, und deshalb auch nur volle Anerkennung bei den jetzt noch mit Preußen verbündeten Regierungen finden mußte.

Der „Preuss. Ztg.“ giebt man aus Frankfurt als Ursache der schnellen Beendigung der Sitzungen der Fachmänner des handelspolitischen Ausschusses an: Oesterreich wollte mit den Einzel-Regierungen, als solchen, verhandeln. — Ueber den Schluß dieser Sitzungen finden wir in Frankfurter Blättern Nichts, als folgende dürftige Notiz der „D. P. U. Z.“ vom 3. November: „Heute wurde eine Sitzung des handelspolitischen Ausschusses gehalten; die Arbeiten der Fachmänner desselben dürften nun wohl beendigt sein.“ — Eine von dem „Fr. Z.“ gebrachte Mittheilung, nach welcher, „äußeren Vernehmen nach Hr. Hock in der That den neuen österreichischen Zolltarif, wenn auch noch nicht als vollständig abgeschlossene Thatsache, doch als im Allgemeinen vollendete Basis für die neu aufzunehmenden Verhandlungen mitgebracht hätte,“ ist nicht recht glaubhaft.

Der „D. P. U. Z.“ schreibt man aus Mittel-Deutschland, 2. Novbr.: „Es sind von Seite der preussischen Regierung neue Verhandlungen mit den übrigen Zollvereins-Regierungen eröffnet worden, um den Zollverein, dessen Fortbestand in der bisherigen Weise nicht mehr allseitig befriedigend erscheint, eine entsprechende Gestaltung zu verleihen. Nach dem Gehalt aller bisherigen Mittheilungen dürften die gegenwärtigen Theilhaber des Zollvereins, wenn auch unter einzelnen Modalitäten, wie sie im Lauf der Zeit sich ergeben haben, beim Verein bleiben, da die materiellen Vortheile, welche derselbe gewährt, überwiegend gewesen sind und man selbst in Süddeutschland die volle Bedeutung des Vertrages vom 7. September d. J., wodurch der Zollverein bis zur Nordsee gelangt ist, nicht verkennt.“

Es wird — schreibt man der „Epz. Ztg.“ von hier — in den nächsten Tagen ein Notifikations-Schreiben an sämtliche Regierungen der Zollvereinsstaaten gerichtet werden, in welchem die formelle Kündigung enthalten sein wird, jedoch hinzugefügt werden soll, daß Preußen die bestimmte Absicht habe, ferner mit den zum Zollvereine gehörenden Staaten in Verbindung zu bleiben, und daß sich die Regierungen äußern mögen, ob sie eine gleiche Absicht hegen. Ferner soll in dem Schreiben darauf hingewiesen werden, daß zur Ausgleichung der gegenseitigen Wünsche eine außerordentliche Konferenz der Zollvereinsstaaten in den ersten Monaten des nächsten Jahres stattfinden und auch Hannover hinzugezogen werden möchte. Obgleich es in dem Schreiben nicht bestimmt ausgedrückt werden wird, daß der Vertrag vom 7. September Modifikationen unterworfen werden kann, so ist es doch in Aussicht, daß Preußen und Hannover Wünschen von Zollvereinsstaaten sich bequemen, und daß ihnen angemessen eine Aenderung der Vertragsbestimmungen stattfinden dürfe.

Berlin, 6. November. [Entlassungsgesuch des Finanz-Ministers. — Hof- und Personal-Nachrichten.] Wie wir von verschiedenen Seiten vernehmen

hat der Finanzminister v. Bodelschwingh vor einigen Tagen seine Entlassung eingereicht. Man glaubt nicht, daß dieselbe von Sr. Majestät dem Könige jetzt angenommen werden wird und hofft, daß die eingetretene Differenz zwischen dem Herrn Finanzminister und dem übrigen Theile des Kabinetts sich ausgleichen werde.

Ob die Ankunft des Oberpräsidenten von Westfalen, Herrn v. Driesberg, mit dieser Angelegenheit im Zusammenhange steht, vermögen wir nicht zu bekunden; daß derselbe, wie die „N. Pr. Ztg.“ meint, hieher berufen worden, um sein Gutachten über die den Kammern zu machenden Vorlagen wegen Veränderungen der Kreis- und Gemeindeordnung abzugeben, ist nicht sehr wahrscheinlich, da die bezügliche Vorlage bereits im Ministerium des Innern berathen war und an das Staatsministerium abgegeben worden, welches gleichfalls den Gegenstand schon einer näheren Erörterung unterzogen haben soll.

(C. B.)
Se. Majestät der König trafen heute Vormittag 9 Uhr in Schloß Bellevue ein und nahmen daselbst den gewöhnlichen Donnerstags-Vortrag des Kriegsministers, sowie später den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen.

Ihre königl. Hoheiten die Frau Prinzessin Karl nebst Höchstihren Töchtern, den Prinzessinnen Louise und Anna, sind heute früh 6¼ Uhr von Potsdam über Magdeburg nach Weimar abgereist.

Se. Majestät der König haben dem Vernehmen nach die Ernennung des Staatsministers a. D., Freiherrn v. Bodelschwingh zum Regierungs-Präsidenten in Arnberg genehmigt.

Der Generalleutnant und Inspektor der 2. Artillerie-Inspektion v. Strotha ist von seiner Inspektionsreise zu den Musterungen des 4. Artillerie-Regiments und der Feuerwerks-Abtheilung wieder hier eingetroffen. Der kgl. portugiesische Geschäftsträger am hiesigen Hofe, v. Boboredo, ist aus Kopenhagen und der Präsident der lauenburgischen Statthalterchaft, Graf Kielmannsegg, aus Lauenburg hier angekommen.

Der Regierungspräsident v. Senden ist aus Stettin hier eingetroffen, wahrscheinlich um näheren mündlichen Bericht über den Verlauf des pommerischen Provinziallandtags zu erstatten, bei welchem er bekanntlich als königl. Kommissarius fungierte.

Der hiesige Kommissarius bei den handelspolitischen Berathungen in Frankfurt a. M., geheimer Regierungsrath Delbrück, wird heute Abend hier wieder eintreffen.

Der königl. großbritannische Kapitän Wright ist als Kabinetts-Kurier von Wien angekommen.

(N. Pr. Z.)
Berlin, 6. Novbr. [Zur Tageschronik.] Der in diesen Tagen hier eingetroffene Commodore unserer Marine, Herr Schröder, hat ausführlichen Bericht über die Verhältnisse unserer Flotte erstattet. Er hat auch in Konferenzen mit dem Herrn Kriegsminister die schleunigere Fortbildung als für den Geist der Seemannschaften selbst ersprießlich dringend befürwortet.

Die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle ist nunmehr als beschlossen zu betrachten. Ein Bundesausschuß wird in dieser Beziehung die nöthigen Bestimmungen treffen.

In der Bremer Verfassungsfrage hat der betreffende Bundesausschuß, nach dem was uns mitgeteilt wird, noch nicht Bericht erstattet. Es ist also bis jetzt von Schritten des Bundestags, von Bundeskommissarien u. d. h. durchaus nicht die Rede.

Das in Köln garnisonirende 17. Infanterie-Regiment hat Ordre bekommen, sich marschfertig zu halten, um nach Wehlar und Kreuznach zu gehen. Die Kammern und Wagen bleiben vorerst in Köln.

(C. B.)
Die Pr. Z. bringt heute eine Mittheilung in Bezug auf die Entschädigungs-Ansprüche, die im Interesse mehrerer Handlungshäuser der Rheinprovinz bei der neapolitanischen Regierung anhängig gemacht worden sind, um Ersatz zu erhalten für die Verluste, welche jene Häuser bei dem Brande des Freihafens zu Messina im Jahre 1848 erlitten hatten. Nach dem offiziellen Blatte haben die darüber von dem preussischen Gesandten in Neapel fortgesetzten Verhandlungen nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß den Beteiligten der, von einer Kommission ermittelte und festgesetzte Schaden unverkürzt nebst Zinsen in barem Gelde von der neapolitanischen Regierung gewährt wird.

Dasselbe Blatt meldet: Es ist von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Regierung die freie Einfuhr des Getreides, so wie anderer Nahrungsmittel, gestatten möge. Wir können unsere Leser benachrichtigen, daß die Regierung diesen Gegenstand bereits vor längerer Zeit der umfassendsten Erwägung unterzogen und die nothwendigen Einleitungen bereits getroffen hat. Bekanntlich ist eine einzelne Regierung des Zollvereins nur befugt, für sich allein eine solche Maßregel zu treffen, wenn der Roggenpreis bereits eine bestimmte Höhe erreicht hat.

Die Berathungen der Postkonferenz sollen dem Vernehmen nach einen raschen und günstigen Verlauf nehmen; über verschiedene Gegenstände sollen bereits Plenar-Versammlungen stattgefunden haben. Die Pr. Z. erfährt, daß sich die meisten Stimmen für Berlin als künftigen Sitz der Centralabrechnungsbehörde entschieden haben sollen.

(C. B.) Der Postkongreß hat bis jetzt noch keine Plenarberatung gehalten. Diese anscheinende Verzögerung liegt in dem Umstande, daß die einzelnen Vorlagen nicht gleichzeitig im Anfange übergeben wurden. Es mußte demnach bei jeder nachträglich eingehenden Vorlage eine besondere Kommission ernannt werden, wodurch die Arbeiten nicht gleichzeitig rasch gefördert werden konnten.

[Militär-Angelegenheiten.] Nach den bisherigen Bestimmungen waren die servisirberechtigten Militärs von den städtischen Abgaben befreit. Es würde sich nun in dem vorliegenden Falle um die Entscheidung der Frage handeln: ob auch die Beamten der Militär-Verwaltung, z. B. die Militär-Intendanturen, General-Divisions-, Regiments-, Bataillons- und Garnisons-Aerzte, die Divisions- und Garnisons-Prediger, Korps- und Divisions-Auditeure, welche nach dem Servis-Regulativ von 1810 servisirberechtigt sind, von der Diethsteuer befreit sein sollen?

Die in der jüngsten Zeit herausgekommenen militärischen Schriften, welche sich gegen unser Landwehrsystem aussprechen, kommen zumeist zu dem Vorschlage der Bildung von Cadres für alle bei der Kriegsförmation selbstständig auftretenden taktischen Körper. Weiter stellen sie die Forderung, daß der größte Theil von Offizieren und Unteroffizieren, welche die auf dem Kriegsfuße befindliche Armee erfordert, auch während des Friedens im Dienste verbleibe. Abgesehen von dem militärischen Theile dieser Frage, wird in Bezug auf den finanziellen die Hervorhebung am Orte sein, daß unser Heer im Frieden 144 Infanterie-Bataillone (77,000 Mann und darüber) zählt. Im Kriege ist zu Folge unserer bewährten Heerorganisation die Aufstellung von 406 preuß. Bataillonen ermöglicht. Es müßten also für die Stämme von 362 Bataillonen nach Maßgabe unseres Offizier-Stats noch über 7000 Offiziere und bei der Kavallerie, im Frieden zählt die Armee 152, im Kriege 455 Eskadrons, über 1500 Offiziere neu angestellt werden. In ähnlicher Weise müßte die Vermehrung der Unteroffiziere, und zwar die Zahl von 27,000 übersteigend, erfolgen. — Dies würde aber eine Erhöhung des Stats von mehr als 2 Mill. bedingen. — Mit dem Allen wäre man aber nur so weit gelangt, an Stelle von 144 Batail-

lonen Kerntuppen (im Kriege zu 1000 Mann), — 406 Bataillone, (im Frieden das Bataillon circa 200 Mann stark) zu haben, welche im Kriege, da 800 Mann aus Reserve und Landwehr gebildeter Truppen jedem Bataillon einverleibt würden, aus den verschiedensten Theilen bestehend, sämtlich die Nachtheile der Landwehr und keinen Vortheil haben würden. Eine solche Organisation erscheint deshalb nichts weniger als wünschenswert.

(C. B.)
Düsseldorf, 4. Nov. [Die Polizei.] Man schreibt der Pr. Z.: „In der allernächsten Zeit wird eine Veränderung in der Verwaltung und Handhabung der Polizei in der Rheinprovinz ins Leben treten. In allen größeren Städten der Provinz, wo sich die Leitung der Polizei bis jetzt noch in den Händen der Gemeindebehörden befindet, wird dieselbe königlichen Behörden übertragen werden, so in Elberfeld und Barmen, wo ein Polizeidirektor mit einem Polizeirath zur Seite, so in Koblenz, wo ein Polizeidirektor, so in Krefeld, wo ein Polizeirath fungiren soll. Aachen und Trier werden später gleichfalls diese Einrichtung erhalten, Köln und Düsseldorf haben bereits seit längerer Zeit königliche Polizeidirektionen. Als wichtig muß es betrachtet werden, daß zugleich eine Central-Polizeibehörde für die Rheinprovinz geschaffen wird, bei welcher alle polizeiliche Nachrichten, die für einen größeren Kreis von Interesse sind, zusammenfließen sollen, und zwar ist dazu die Polizeidirektion von Koblenz bestimmt, weil Koblenz zugleich der Sitz des Oberpräsidiums ist. Die übrigen Polizeidirektionen würden dieser Behörde indeß im Uebrigen nicht untergeordnet, sondern koordinirt sein.“

Deutschland.

München, 4. Nov. [Aus der Kammer.] Die heutige Debatte über die Vorberathung der Anträge auf zweijährige (Fürst Wallerstein) und dreijährige (Dr. Weis) Finanzperioden wurde wieder ziemlich lebhaft geführt. Namentlich waren es Dr. Heine und Dr. Lassautz, die sich mit Energie dagegen aussprachen. Nach längerer Debatte wird der Wallersteinsche Antrag verworfen, der des Dr. Weis aber an einen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen; dasselbe war der Fall beim Antrag des Abgeordneten Dr. Schmidt auf Ministeranklage. Zum Schluß fragt Abg. Dr. Rubner den Präsidenten, ob er Schritte zur Wahrung der Deffentlichkeit zu thun gedenkt, da die Polizeidirektion kürzlich ein hiesiges Blatt deshalb konfisziert habe, (vergleiche die gestrige Zeitung), weil es seine Rede gegen die gouvernementale Presse gebracht. Der Präsident erklärt darauf, sich zu solchen Maßregeln keineswegs veranlaßt zu sehen. Abgeordneter Rubner wird deshalb einen eigenen Antrag an die Kammer bringen.

(N. Pr. Z.)
Wiesbaden, 1. Nov. [Hausfuchung.] Wir vernehmen, daß im Laufe der vorigen Woche bei J. Oppermann in Eschenhan, Amts Wehen, Hausfuchung gehalten worden sei. Oppermann war, weil gerade verreist, bei der Hausfuchung nicht zugegen. Weder Papiere noch Bücher wurden saßirt. — Die Nassauische Allgemeine Zeitung meldet: Unsere Polizei scheint ihre Thätigkeit nach allen Seiten hin zu entwickeln. So hört man von einem nächtlichen Besuche, den der hiesige Polizeikommissar mit mehreren Polizeibeamten im Hause des Herrn Perabo am Eisbergwege abstattete und dabei die gefelligen Abendunterhaltungen, die den Bewohnern der angrenzenden Straßen schon so vieles Vergnügen bereitet hatten, dadurch störte, daß er eine Anzahl Dirnen, die sich bei dem Erscheinen dieses unerwarteten Besuchs in allen Winkeln des Hauses versteckt hatten, in sichern Gewahrsam abführen ließ. Gegen Herrn Perabo ist nach Art. 322 des Strafgesetzbuchs eine Untersuchung eingeleitet.

(D. N. Z.)
** **Rassel, 5. Nov.** [Wahlen. — Erkenntniß gegen Henkel und Hornstein.] Die weitere Wahl der Mitglieder des Bezirksrathes hat stattgefunden. Während die städtischen Behörden aus 61 Personen bestehen, so waren doch von diesen nur 41 anwesend. Die Verwahrung, daß man durch die Vornahme der Wahl keineswegs eine Anerkennung der oktroirten Gesetze zu erkennen geben wollte, sondern auch jetzt nur dem Zwange weiche, eröffnete auch diesmal die Verhandlung. Gewählt wurden: Assessor Fiedler mit 33, Bankier Louis Pfeiffer mit 32, Fabrikant Pinhard mit 28 und Fabrikant Hagelsieb mit 24 Stimmen. Der erstere war bereits das vorige Mal gewählt, auf die übrigen Herren scheint um deswillen die Wahl gefallen zu sein, weil sie ein besonderes Interesse für das Zustandekommen derselben an den Tag legten und darauf drangen, daß man zu diesem Posten nur tüchtige Männer wählen müsse. — Bekanntlich wurden der Bürgermeister Henkel und der Polizeikommissar Hornstein in der wider sie wieder aufgenommenen Untersuchung ersterer zu 1½ Jahren Festung und letzterer zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. Beide appellirten an das General-Auditorium, und dessen Endurtheil ist ihnen heute publizirt worden. Hiernach ist das Erkenntniß des Kriegsgerichts dahin reformirt, daß z. B. Henkel zu elf Monaten und z. B. Hornstein zu drei Wochen Festungshaft verurtheilt worden sind. Außerdem soll z. B. Henkel ¼ und Hornstein ¼ der Untersuchungskosten bezahlen, ¼ ist aus Gnade und Barmherzigkeit niedergeschlagen worden.

Hannover, 5. Nov. [Das Befinden Sr. Maj. des Königs.] welches sich in der letzten Zeit gebessert hatte, war gestern gegen Abend wieder weniger gut und der Zustand beunruhigend. Die Krankheitserscheinungen, die diese Verschlimmerungen veranlaßten, verloren sich indeß gegen Mitternacht und fühlen Se. Majestät sich heute Morgen nach einem ruhigen Schlaf besser.

(Hann. Z.)
Bremen, 4. Nov. [In Bezug auf die Angelegenheit des Hrn. Dülön] sind einige bisher unbekannte Umstände zu Tage gekommen, welche ein eigenes Licht auf diese Sache werfen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß bei der Abfahrt des Herrn Dülön der Oberprokurator Schmidt, Sohn des Bürgermeisters, sich auf dem Bahnhofe befand, und daß er, unmittelbar nach Abgang des Zuges, eine telegraphische Depesche abgehen ließ, in welcher gesagt wurde: „Madame Meyer befindet sich in dem und dem Wagen.“ Einige Stunden später wurde Hr. Dülön von hannoverschen Gensdarmen in Empfang genommen. Während er nun in einem hannoverschen Gefängnisse festgehalten wird, hat sich der Bremer Senat bei der theologischen Fakultät von Heidelberg um ein Gutachten über die Rechtgläubigkeit der Lehren des Hrn. Dülön beworben. Sollte das Gutachten derselben nun so ausfallen, wie vorausgesetzt wird, so dürfte es sich wohl ereignen, daß Hr. Dülön während seiner hannoverschen Haft seines Amtes entsetzt würde, und daß er, wenn sich die Thüre des Gefängnisses für ihn öffnet, die Thore von Bremen geschlossen fände.

(Const. Z.)
Braunschweig, 4. November. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung kam unter Andern auch das Wahlgesetz wieder zur Verhandlung. Der Präsident der Versammlung legte einen ganz neuen Antrag auf den Tisch des Hauses nieder, der an die Kommission verwiesen wurde.

Hamburg, 3. November. Seit einigen Tagen ist hier das Gerücht im Umlauf, daß von Frankfurt ein Inhibitorium gegen die Einführung der sogenannten Reuners-

Verfassung ergangen sei. Die „Preuß. Ztg.“ kann aus authentischer Quelle melden, daß dieses Gerücht zur Zeit durchaus unbegründet ist. Der Verfassungsstreit dürfte noch eine günstige Erledigung finden.

Man erzählt sich, daß am gestrigen Tage 4 österreichische Unteroffiziere in eine der besuchtesten Tabagien eintraten und nachdem sie eine Flasche Wein gefordert, auf das Wohl und die glückliche Befreiung Kossuth's so laut, daß sie von den Umstehenden gehört werden konnten, anstießen. Diese bei der fürchterlichen Strenge der österreichischen Kriegsartikel unerhörte Unvorsichtigkeit läßt sich nur einerseits aus dem aufgeregten Zustande der Soldaten, andererseits aus dem Umstande erklären, daß sich in den Reihen der kaiserlichen Armee und auch des hier stehenden Korps viele affentirte Honveds mit der Unteroffiziers-Charge bekleidet befinden, und wahrscheinlich die genannten Individuen der magyarischen Nationalität angehören. (Const. Z.)

Hamburg, 5. November. [Auflösung des Schleswig-Holsteinischen Comité's. — Auswanderung.] Das hampburger Comité für Schleswig-Holstein hat unterm 31. Oktober seine wohlthätige Wirksamkeit beschloffen. Seit seinem Bestande unter Leitung der DDrs. Gabr. Rießer, Stockfleth, Heilblut, Gernet u. A. m. sind, mit Einschluß der „freiwilligen Anleihe“ im Betrage von 45,800 Mark, im Ganzen mehr als 220,000 Mark eingegangen, wovon die verschiedenen Invalidenfonds, viele flüchtige Familien, gefangene Militärs in Kopenhagen, die starken Auswanderungen nach Amerika, mitunter auch Geschäfts-Etablissements Einzelner unterstützt wurden. Konnte in diesen trüben Tagen auch nicht aller Noth abgeholfen werden, so wurde doch Vielen momentane Hülfe gebracht und Manchem die Begründung einer neuen Zukunft ermöglicht.

Gestern Morgens gingen wieder eine amerikanische Fregatte und ein bremer Paket-Schiff mit mehr als 200 Passagieren von hier nach New-York ab, und vorgestern wurde ein hampburger Schiff mit 51 Auswanderern nach Valdivia expedirt.

Wie groß die Auswanderung aus Deutschland überhaupt sein mag, kann schon aus dem Umstande entnommen werden, daß der hampburger, wenig angesehene Schiffsmakler Hirschmann u. Comp. in diesem Jahre 5000 Passagiere allein über Liverpool befördert haben soll. Die Courtage à Person zu 5 Mark gerechnet, würde dies einen Verdienst von 25,000 Mark pro Jahr geben und zwar nur für indirekte Beförderung.

Dem inhaftirten Pastor Dulon ist von den hannoverschen Behörden gestattet worden, vom Gefängnisse aus die Redaktion des „Weser“ fortzuführen. — Letzten Sonntag (den 2. Nov.) ist auch die fällige Nummer dieses Blattes in Bremen ausgegeben worden.

Gestern kam Prinz Carl zu Schleswig-Holstein-Glücksburg von Dresden hier an. Man erwartet, daß derselbe längere Zeit hier oder in Holstein verweilen werde.

Hamburg, 6. November. Aus Kiel wird in Betreff der holsteinischen Contingents-Angelegenheit gemeldet, daß die bereits getroffene Erledigung wieder rückgängig gemacht zu sein scheint. Der Minister für Schleswig, Herr v. Bardenfleth, ist von Kopenhagen in Flensburg wieder eingetroffen. (H. N.)

Kiel, 5. Novbr. [Eine Hiobspost. — Durchgangszoll. — Contingents-Angelegenheit.] Heute langte hier ein Blankeneser an, welcher unter andern Hiobsposten auch folgende mitbrachte: Von Bornholm auf Kiel segelnd, traf derselbe einen Balken schwimmen, auf welchem sich vier Matrosen befanden. Sie wurden an Bord genommen, wo sie erzählten, daß sie einer preussischen Bark zugehörten, welche während des letzten großen Sturmes durch Stoßen auf ein anderes preussisches Schiff Schiffbruch gelitten, wobei der Kapitän und vier Mann umgekommen. Sie hätten sich auf die Trümmer gerettet und treiben nun schon 3 Tage und 3 Nächte. Von den Geretteten war nur noch einer im Stande, sein Schicksal zu erzählen. Sie wurden gepflegt und später an ein heimwärts segelndes preussisches Schiff abgegeben. Hier in Kiel machte aber der blankeneser Seefahrer beim preussischen Konsul Anzeige vom dem Vorgefallenen.

Die gestern erwähnte Steueraushebung ist nun erfolgt. Als Dänemark unser Nachbarland Lauenburg übernahm, wurde es völkerrechtlich verpflichtet, keine neuen Intradeu erheben zu wollen; dem ungeachtet aber hat es soeben eine solche unter dem Namen einer Durchgangsteuer für die mit der neuen Lübecker Eisenbahn nach Hamburg gehenden Güter eingeführt. Es hat hierbei einfach ein Recht, welches ihm in Betreff der Lübeck-hamburger, über Holstein geführten Chauffeegüter zustand, auch auf Bahngüter ausgedehnt, trotzdem diese nicht den holsteinischen, sondern bloß den lauenburgischen Boden berühren. Dieser neue Transitzoll ist nun aber nicht gering, denn er erreicht die Höhe der Frachtkosten und außerdem ist er abermals auf den deutschen Verkehr gelegt, so daß er lediglich als ein neuer Sundzoll in Deutschland selbst anzusehen ist. Sein Ertrag wird dahin gehen, wohin die Lauenburger bereits jährlich 100,000 Thlr. führen müssen — nach Kopenhagen. Für die Verbesserung der inneren Kommunikationsmittel des Herzogthums geschieht hierbei so gut wie nichts. Klagen über Klagen ertönen daher über zunehmende Erwerbslosigkeit, denn auch die Elbschiffahrt, welche früher viele Hände beschäftigte, ist, Dank der hohen Stromzölle und der Konkurrenz der Schienenwege, in immer zunehmendem Rückgange. Was aber die Elbzölle abwerfen, wird gleichfalls nicht zum Besten des Landes verwendet, sondern wandert ebenfalls nach Kopenhagen. Der Dänemark zufallende Theil der Elbzölle ist zwar nicht so ansehnlich, wie die Partizipationssumme Seitens Mecklenburgs und Hannovers, welche bezüglich 2 1/2 und 3 1/2 Sgr. vom Centner Flußzoll erheben, während auf Lauenburg nur 1 Sgr. kommt. Allein sein Antheil beläuft sich noch immer auf jährlich 80,000 Thlr., da von den circa 8,000,000 Ctr. vor Lauenburg vorbeisegelnden Gütern gut der sechste Theil den vollen Flußzoll erlegen muß.

In Betreff unserer gestrigen Nachricht wegen Uebergabe des holstein. Contingents an dänische Offiziere hört man heute, daß die Kommissare in Folge der fortgesetzten Dänisierung Schleswigs ihre früher allerdings gegebene Zustimmung zu jener Maßregel vorerst wieder zurückgezogen haben, so daß es noch beim jetzigen Zustande verbleibt. (S. oben.)

Aus Schleswig-Holstein, 4. Nov. [Grundbesitzsteuer.] Die gestern erwähnte neue Grundbesitzsteuer zur Deckung der außerordentlichen Einquartierungs-Kosten ist bereits im Gesetzblatt publizirt erschienen. Der Gesamttertrag dieser Steuer ist auf 1,200,000 Mark veranschlagt, welche bis zum 15. Dezbr. l. J. eingebracht sein sollen.

Der Cours der schleswig-holsteinischen Kassenscheine, welcher vor einigen Wochen so schlecht stand, daß man deren nur mit Verlust begeben konnte, beginnt sich bereits

wieder zu heben. Ein Theil der von den öffentlichen Kassen eingezogenen Papiere soll schon in den nächsten Tagen verbrannt werden.

Oesterreich.

*** Wien, 6. Novbr.** [Tagesbericht.] Der Kaiser empfing gestern bald nach seiner Ankunft den Ministerpräsidenten, Fürst v. Schwarzenberg und den Militär-Gouverneur Fehr. v. Kempfen. — Mittags empfing der Kaiser den Großfürsten Konstantin, dem zu Ehren Morgen eine große Parade abgehalten wird, wo derselbe dem Kaiser sein Infanterie-Regiment vorführt. — Bei den Armee-Kommandanten soll eine Personal-Veränderung stattfinden.

Traurig lauten die Berichte über die Verwüstungen, welche die Ueberschwemmung jetzt anrichtet. In Tyrol hat die Etsch bei Salurn dieses Jahr zum dritten Male den Damm durchbrochen. Die Straßen sind theilweise gesperrt. — In Kärnten sind mit Ausnahme der Straßenlinien von Klagenfurt nach Bruck und Linz alle übrigen Kommunikationen wegen Hochwasser unterbrochen. — Eben so haben die Drave und Save die Kommunikation von Agram nach allen Richtungen, mit Ausnahme jener nach Wien, gesperrt. Bei Marburg ist die Drave ausgetreten, riß drei Joche der Brücke, zerstörte alle Schiffmühlen und trug eine Masse Bauholz fort. — Dagegen ist der Wasserstand der großen Donau so gefallen, daß er auf die oberen Fahrten der tiefer gehenden Dampfboote bereits störend einwirkt.

Wenn das neue Oesterreich bei seiner Centralisation durchaus keine Nivelirung der verschiedenen Nationalitäten anstrebt, so wird es andererseits alle Tendenzen, welche darauf gerichtet sind, dem deutschen Elemente, als der Grundlage seiner Hausmacht, Boden zu entziehen, energisch zurückweisen und unterdrücken. Dahin gehört unter Anderem die versuchte Italienisierung Tirols und des Küstenlandes, Provinzen, welche ohnedies politisch niemals zu Italien gehörten, und wo wie in Triest das deutsche Element unendlich überwiegend auftritt, während im Küstenlande es wenigstens nicht Italiener sondern nur Slawen sein könnten, die den Deutschen das Heimathrecht streitig machen wollten.

Die Befestigungen Verona's sind besonders darauf berechnet, die Tiroler Pässe zu schützen und Ueberraschungen vorzubeugen, wie man sie im Jahre 1848 kennen lernte.

Mit Ausnahme Neapels und Piemonts sind österreichische Truppen in allen übrigen Staaten Italiens von deren Regierungen zur Herstellung der Geseze und der Ordnung herbeigerufen worden. Bei dieser bei ihm nachgesuchten Intervention zeigt Oesterreich eine Uneigennützigkeit, welche deshalb anerkannt werden muß, weil alle jene Staaten im Jahre 1848 nicht nur nicht neutral blieben, sondern durch unmittelbare bewaffnete Theilnahme die Empörung in der Lombardei und in Venedig unterstützten.

Aus Triest schreibt man, daß man dort in wahrer Verzweiflung ist. Die Notirungen aus Wien höher und immer höher. Kein Geld am Plage, der Eskompt enorm hoch. Die besten Wechsel gehen mit 7, 7 1/2 und 8 pCt. Die soliden Kaufleute wissen in der That nicht was anfangen, wo hinaus. Dabei halten die Verkäufer hoch. Die Preise der Kolonialwaaren bleiben fest und London notirt niedriger. Es giebt so Manchen dort, der lieber einige Zeit lang ruhen, als sich den Wechselfällen eines solchen Geschäftslebens preisgeben will.

Man redet von einer Note der drei nordischen Mächte an Piemont, welche im Hinblick auf etwaige Ereignisse im Westen, auf die Bedeutung Alessandrias und das ansehnliche piemontesische Heer motivirt sein soll. Eine unter allen Umständen strenge Neutralität Piemonts, so erwünscht sie auch immer sein mag, ist schwer zu versprechen, schwerer zu halten.

Frankreich.

*** * Paris, 4. Novbr.** [Sitzung der Legislativen.] Die Sitzung wird um 2 1/4 Uhr mit Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 9. August eröffnet. Auf der Ministerbank befinden sich: Thorigny, Minister des Innern; Furgot, Minister des Auswärtigen; Lacrosse, Minister der öffentlichen Arbeiten; Casabianca, Minister des Handels und Ackerbaues; Fortoul, Minister der Marine; General Saint-Arnaud, Kriegsminister; Daviel, Justizminister und Charles Giraud, Unterrichtsminister. Es fehlt also nur noch der Finanzminister Hr. Blondel.

Die abgedankten Minister befinden sich auf ihren Repräsentanten-Sitzen.

Nach Verlesung der Namensliste und der eingegangenen Uebersetzungs- und Entlassungsgesuche erteilt der Präsident dem Minister des Innern das Wort.

Thorigny. Meine Herren, ich habe die Ehre der Versammlung die Präsidentenbotschaft zu überreichen und bitte um die Erlaubniß, sie vorlesen zu dürfen. Sie lautet:

„Meine Herren Repräsentanten! Den Bestimmungen der Konstitution zu Folge, habe ich Ihnen über die Ereignisse des letzten Jahres Rechenschaft abzulegen. Ich bin so glücklich, erklären zu können, daß einige theilweise Unordnungen abgerechnet, der öffentliche Frieden ernsthaft nicht bedroht worden ist. Doch darf man sich nicht verhehlen, daß sich eine ungeheure demagogische Verwörung in Frankreich und Europa organisiert.“

Die geheimen Gesellschaften treiben ihre Verzweigungen bis in die kleinsten Kommunen und Weiler. Die gewaltthätigsten und unsinnigsten Elemente der Parteien haben sich für das Jahr 1852 Rendezvous gegeben, nicht um auszubauen, sondern um zu stürzen. Ihr Patriotismus, welchem die Regierung ihrerseits entsprechen wird, wird jedoch alle diese fräthlichen Hoffnungen vereiteln.

Vereinigen wir unsere Anstrengungen, um dem Genius des Bösen selbst die Hoffnung auf einen nur augenblicklichen Erfolg zu benehmen. Zu diesem Zwecke aber reicht eine energische Repression nicht aus; man muß den schlechten Leidenschaften den Vorwand und die Waffe entreißen, indem man allen wahren und berechtigten Interessen genügt, indem man die der arbeitenden Klasse so nöthige Arbeitsgelegenheit vermehrt.

Die pariser Municipalität, welcher ich dafür einen Respekt beweiße, hat diese Nothwendigkeit eingesehen. In diesem Augenblicke beginnen ungeheure Bauten für die Hallen und die Verlängerung der Rivoli-Straße und werden die arbeitenden Klassen über die traurige Zeit des Winters trösten. Sie werden für die Departements nicht weniger thun und indem Sie die Projekte für jene großen Eisenbahnlinien genehmigen, werden Sie den ländlichen Arbeitern Brod verschaffen.

Es ist aber noch ein anderer Vorschlag, welchen ich von Ihnen angenommen haben möchte, an dessen Vorlegung mich aber der Drang der Umstände bisher gehindert hat, nämlich den Vorschlag, den alten Militärs der Republik und des Kaiserreichs Hülfe zu bringen. Die Lage dieser Braven, welche ihr Blut zur Vertheidigung des Vaterlandes hingegen haben, muß unser Mitgefühl im höchsten Grade erregen. Viele von ihnen befinden sich in ihrem Alter naht und bloß und ihr Zustand klagt das Land der Undankbarkeit an.“

Der Minister verliest hierauf den Bericht über den Zustand der Finanzen, der Industrie und des Ackerbaues. Es ergibt sich hieraus, daß das Budget sich im Gleichgewicht erhalten wird. Industrie und Ackerbau, obwohl nicht eben blühend, scheinen (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Erste Beilage zu № 310 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend, den 8. November 1851.

(Fortsetzung)

über die Eventualitäten des Jahres 1852 nicht in Sorge zu sein. Unter anderen Projekten, welche für die nächste Zeit angekündigt werden, findet sich auch eines auf Ausbau des Louvres und Herstellung eines Kanals der Garonne und Marne zur Verbindung mit dem Rhein, womit das große Kanalnetz Ludwig's XIV. seine Vollendung erhalten würde.

Sodann geht die Botschaft auf die Justizverwaltung über. Der Staatsrath ist mit einem Gesetzentwurf beschäftigt, betreffend die Rehabilitation der Verurtheilten.

Aus dem Bereich des öffentlichen Unterrichts wird gemeldet, daß der nach dem neuen Gesetz seit Jahr und Tag organisirte Unterricht die erfreulichsten Folgen habe.

Das Kriegsministerium stellt eine Verminderung des Effectiv-Bestandes der Armee auf 365,150 Mann und 83,400 Pferden in Aussicht.

Der Zustand unserer Marine, fährt die Botschaft fort und ruft damit allgemeine Heiterkeit hervor, indem sich aller Blick auf Fortoul wenden — ist nicht minder befriedigend, wie der der Armee und überdies Gegenstand unserer beständigen Sorge. Die Marine kann nicht in Verfall gerathen, ohne daß der Einfluß Frankreichs sich mindert, ohne daß der Handel leidet.

Unsere Beziehungen zu den fremden Mächten blieben fortwährend befriedigend. In Rom schreitet die Organisation langsam vor. Doch beschäftigt man sich ernstlich mit Bildung einer Armee, um die Rückberufung unserer Truppen möglich zu machen.

Der Sturm, von welchem Deutschland vor einem Jahre bedroht war, hat sich gelegt und die Regierungen, um neuen Katastrophen vorzubeugen, arbeiten an Wiederherstellung des Bundes, welchem Vorhaben wir uns fern zu halten haben, obwohl wir demselben unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Sie werden eine Darlegung unserer innern Zustände erhalten, welche, für die Vergangenheit, zufriedenstellende Resultate liefert. Doch läßt sich eine allgemeine Unruhe bemerken; die Bevölkerung ängstigt sich und die Arbeit stockt unter der Drohung der Eventualitäten des nächsten Jahres.

Die Regierung hat den festen Willen, die Ordnung aufrecht zu erhalten; aber ich habe mich gefragt, ob es bei der Richtung der öffentlichen Meinung nicht weiser wäre, den Unruhestiftern, welche die Volksleidenschaften auszubenten wissen, den Vorwand zur Aufregung zu nehmen, welchen das Gesetz vom 31. Mai unstreitig darbietet.

Ich beziehe mich hierbei zu bemerken, daß ich damit keinesweges die Billigung zurücknehme, welche ich dem Ministerium zollte, als es auf meine Veranlassung die Verantwortlichkeit für das von angesehenen Mitgliedern der Versammlung ausgearbeitete Gesetz auf sich nahm. Ich verkenne die guten Folgen nicht, die es gehabt hat.

Aber es ist nicht minder wahr, daß dieses beschränkende Gesetz mehr als 5 Millionen Wähler und zwar der ländlichen Bevölkerung, von dem Stimmrecht ausgeschlossen hat.

Uebrigens hat dies Gesetz noch andere Uebelstände in seinem Gefolge, welche mich bewegen, die Abschaffung desselben zu verlangen. Fehlerhaft, wenn es sich um die Wahlen zur Versammlung handelt, zeigt es diesen Fehler noch mehr, hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen.

Man darf nicht vergessen, daß die Verfassung zur Ernennung des ersten Beamten der Republik wenigstens 2 Millionen Stimmen verlangt, welche bei dem beschränkten Stimmrecht schwer zu erhalten sind.

Man beschuldigt mich nun freilich, daß ich die Abschaffung des Gesetzes vom 31. Mai und die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts nur aus rein persönlichen Gründen begehre, indes dürfte mich meine Aufführung seit zwei Jahren gegen diese Verdächtigungen schützen. Ich glaube dem Lande Beweise meiner Hingebung und meiner Bemühungen um Aufrechterhaltung der Ordnung genug gegeben zu haben, da ich unausgesetzt gegen die anarchischen Leidenschaften streite.

Und gerade in Rücksicht auf die großen Interessen des Landes bitte ich Sie, zu dem Prinzip des Gesetzes vom 31. März zurückzukehren. Das Gesetz vom 31. Mai abschaffen, heißt dem Bürgerkrieg seine Fahne, der Opposition ihren letzten Grund nehmen und Frankreich gestatten, seine Institutionen auf einer unerschütterlichen Grundlage aufzubauen.

Hieraus verliest der Minister den Gesetzentwurf nebst den dazu gehörigen Motiven. Ersterer besteht aus 12 Artikeln. Art. 1 überträgt das Wahlrecht allen Franzosen, welche 21 Jahr alt und seit mindestens 6 Monaten in einer Gemeinde ansässig sind. Dagegen wirft das neue Gesetz auch diejenigen, welche wegen Verfälschung von Lebensmitteln bestraft sind, unter die Wahlunfähigen.

Thorigny verlangt für den Gesetzentwurf die Dringlichkeit.

Berruyer erhält das Wort zur Tagesordnung. Die Botschaft sei ein wichtiges Aktenstück, wichtig besonders wegen der begleitenden Umstände. Dazu kam das neue Circular des Kriegsministers, worin das Schweigen über die den Gesetzen und Staats-Einrichtungen schuldige Achtung überrasche.

Man müsse daher mit größter Vorsicht verfahren. Er schlage daher die Niederlegung einer Kommission vor, um den Gesetzesvorschlag zu prüfen.

Giraud, der Minister. Der Vorschlag müsse seinen Zweck verfehlen; er würde das Land beunruhigen. Das Ministerium sei übrigens bereit, für alle seine Akte einzustehen.

Girardin für die Dringlichkeit. Berruyer habe keine Kommission beantragt, als es sich darum gehandelt, dem Volke sein Recht zu rauben. Dies habe man gethan, als Frankreich ruhig war; jetzt verlange man die Herstellung des Rechts, um Frankreich zu retten.

Thorigny. Wenn man Aufklärung verlange, solle man interpelliren. Man solle nicht das Land beunruhigen, weil die Regierung einen neuen Weg vorschlage, um die Gesetzmäßigkeit energisch aufrecht zu erhalten.

Larochejaquelein erklärt sich als Gegner des Gesetzes vom 31. Mai; aber das hindere nicht, gegen die Dringlichkeit zu stimmen.

Der Präsident stellt die Dringlichkeitsfrage, welche mit schwacher Majorität verworfen wird.

Großbritannien.

London, 4. Novbr. [Kossuth.] Der „Globe“ sagt: „Ein tiefes Gefühl von Dankbarkeit befiel die gegenwärtig im gastreichen Hause von Mr. Massingberd wohnende Familie durch den Besuch von Sir James Clark, welcher dem berühmten Verbannten seine Hilfe anbot, wenn er selbe benötige. Das Land wird das Wohlwollen und die Zartheit, welche diesen Besuch veranlaßte, eben sowohl wie dessen Bezeichnung zu würdigen wissen. (Zur Erklärung dieser mysteriösen Seiten bemerken wir, daß Sir James Clark erster Leibarzt der Königin ist.)

Der Mayor von Manchester hat es abgelehnt, Kossuth im Namen der Korporation einzuladen, weil dadurch notwendig eine politische Diskussion entstehen würde, vor welcher er die Korporation hüten wolle, da sie nicht zu ihrem Beruf gehört.

In einem Briefe an Mr. Crosby, den amerikanischen Konsul in Southampton spricht Kossuth die Absicht aus, doch schon am 14. sich am Bord des „Washington“ nach Amerika einzuschiffen.

Ueber das gestrige große Meeting in Kopenhagen: Fiedl haben wir, da Kossuths lange Rede auch im Auszuge kaum wiederzugeben ist, nur zu bemerken, daß trotz der großen Menschenmasse kein Unglück und auch nicht die geringste Störung vorkam. Die Anzahl der Anwesenden wird in den verschiedenen Blättern von 25,000 bis aufwärts 80,000 angegeben. Bei dem Abendbanquet, dem Kossuth nicht bewohnte, traten unter Anderen Louis Blanc und Gögg (Deutschland) als Redner auf. Kossuths Rede wird selbst von den konservativsten Blättern als ausgezeichnet gerühmt.

Der Globe bringt gegen die Angabe der „Oesterreichischen Korrespondenz“ und der „Reichszeitung“, daß Lord Palmerston eine entschuldigende Note mit dem Versprechen, der Kossuth-Manie zu steuern, nach Wien abgehen ließ, folgende kurze Erklärung: — „Die Behauptung, daß Lord Palmerston irgend eine Note dieser Art an die österr. Regierung gerichtet habe, entbehrt aller und jeder Begründung.“ — Außerdem widmet der Globe der Guitthall-Rede von Kossuth einen neuen preisenden Artikel und spricht in einem dritten Leader seine Zufriedenheit aus, daß kein „Politiker, der einen Ruf zu verlieren hat“, dem gestrigen Kossuthbanquet in Highbury Barn Lawern beizuwohnen. Nicht nur Kossuth selbst fehlte, sondern auch Cobden, For und sogar Mazzini blieben fern. Die dort gehaltenen Reden klangen sehr renommissisch-jakobinisch.

Belgien.

Brüssel, 4. Novbr. [Eröffnung der Kammern.] Heute fand die von Einigen gefürchtete, von Andern gehoffte Eröffnung unserer legislativen Kammern statt. Der Himmel war der Feierlichkeit, zu welcher die Bürgergarde der Stadt und der Vorstädte und die Truppen der Garnison, im Ganzen 10 bis 12,000 Mann, über welche der König die Revue passiren sollte, ausgerückt waren, nicht günstig. Das Spalier der in Parade aufgestellten Truppen erstreckte sich vom königl. Palais längs der königl. Straße an der Repräsentanten-Kammer vorbei, bis weit über den Boulevard du Regent und den Boulevard de Waterloo. Um 1 Uhr verließ der König zu Pferde und in der Uniform eines General-Offiziers der Bürgergarde, von seinen beiden Söhnen begleitet und hinter sich einen glänzenden Stab, das Palais, beim Donner der Kanonen und unter einem furchtbaren Frostregen, der, mit dem in der vorigen Nacht gefallenen Schnee vermengt, die Straßen unwegsam machte. Nichtsdestoweniger erschalle die Luft von dem enthusiastischen Hurrarufen der durchnässten und halberfrorenen Bürger-Soldaten. Der König, der seines hohen Alters ungeachtet dem rauhen Wetter trogte, befahl sogleich, die Legionen aufzulösen und die Truppen zu ihren Kasernen zurückzuführen. An der Schwelle des Nationalpalastes angekommen, ward er von einer Deputation der beiden Kammern empfangen, und als er, feierlich eingeführt, auf dem im Hause der Repräsentanten errichteten Throne Platz genommen, hielt er die seit 1848 nicht mehr persönlich von ihm gesprochene Thronrede, unter tiefer Aufmerksamkeit der Versammlung. Bei seinem Erscheinen, so wie in dem Augenblicke, wo er den Saal verließ, wurde der König von den ehrfurchtsvollen Akklamationen der Deputirten und der Menge in den Tribünen begrüßt. Ich muß einige Bemerkungen zu der Rede auf morgen verschieben. Für heute genüge es, zu sagen, daß bei keiner Gelegenheit zuvor der König so offen für seine Minister zu Felde gezogen war. In dem liberalen Brüssel kann der Eindruck der Rede nur günstig sein. Ich werde einige Tage brauchen, um den Eindruck in den Provinzen beurtheilen zu können.

Im Eingange der (bereits nach ihrem Hauptinhalte kurz erwähnten) Thronrede, womit der König heute, was seit zwei Jahren nicht der Fall war, persönlich die Kammereröffnung eröffnete, gedachte er der glücklichen und ruhigen Lage des Landes, der fortwährend freundlichen Beziehungen zu den fremden Mächten und der in den beiden letzten Sessionen votirten wichtigen Gesetze. In Bezug auf den obschwebenden Konflikt wegen der Erbschaftsteuer heißt es sodann: „Eine Gesamtheit von Gesetzen war Ihnen während der letzten Session vorgeschlagen worden, zu dem doppelten Zwecke, das Gleichgewicht unserer Finanzen herzustellen und dem Lande öffentliche Bauten zu verschaffen, deren Ausführung, ein Element der Sicherheit, insbesondere für seine materielle Wohlfahrt von Wichtigkeit ist. Eine theilweise und, wie ich gern glaube, vorübergehende Meinungsverschiedenheit hat nicht gestattet, diesen Maßregeln von unbezweifelbarer Nützlichkeit Folge zu geben. Ich hege den heißen Wunsch, daß diese Schwierigkeit sich bald in einem weisen Geiste der Mäßigung und dem Interesse des Landes entsprechend lösen möge. Die gegenwärtigen Umstände, meine Herren, machen die Eintracht unter den Staatsgewalten mehr als je wünschenswerth, und Belgien, das seit vier Jahren sich in einer friedlichen und starken Stellung behauptet hat, wird, wie ich hoffe, in der Verwaltung seiner Angelegenheiten keine bedauerlichen Verwicklungen zu erleiden haben.“ Im weiteren Verlaufe der Rede wird der in der jetzigen Session zu beratenden Gesetzesentwürfe, der befriedigenden Ernte, welche allen Klassen der Bevölkerung reichliche Nahrung sichere, des fortwährenden Flor von Handel und Gewerbefleiß, der jetzt beendigten commerciellen Unterhandlungen mit England und der Londoner Ausstellung gedacht. Hinsichtlich der Militärverhältnisse heißt es, daß die Prüfung aller darauf bezüglichen Fragen einer Kommission anvertraut sei, deren Arbeit späterhin den Kammern mitgetheilt werden solle. Zum Schluß sagt der König: „Mit Vertrauen, meine Herren, erlaßt meine Regierung einen loyalen Aufruf an Ihre Mitwirkung. Indem wir treu und fest vereinigt bleiben, werden wir über die Schwierigkeiten triumphiren, welche die Zukunft uns vorbehalten kann.“ (R. 3.)

Schweiz.

Zürich, 30. Oktbr. Die politischen Verhältnisse Deutschlands setzen die Schweiz mehr und mehr in die günstige Lage, durch tüchtige Erwerbungen ihre Bildungsanstalten zu heben. Kurz nach der Berufung von Mommsen und Osenbrüggen ist es der Zürcherischen Hochschule gelungen, den rühmlichst bekannten Nationalökonom Hildebrand aus Marburg für die Fächer des Staatsrechts und der Nationalökonomie zu gewinnen. Derselbe wird bereits in diesem Wintersemester seine Vorlesungen beginnen. Er befindet sich schon hier. (F. 3.)

Bern, 2. Nov. [Bedenkliche Zustände.] Die Bevölkerung in einigen Ländchen nimmt bereits der Regierung und ihren Beamten gegenüber eine drohende Stellung ein, und schon ist es zu gesetzwidrigen Handlungen gekommen. Sie erinnern sich, daß die Regierung im letzten Januar das Amt Interlaken und das St. Immerthal wegen revolutionärer Bewegungen von Truppen besetzen ließ; die dortigen radikalen Gemeinderäthe wurden eingestellt und mit konservativen Männern besetzt; mehrere Führer der Opposition mußten im Gefängniß ihre radikale Gesinnung büßen, und konservative Beamte suchten mit allen möglichen Mitteln die konservative Minderheit der Bevölkerung zur Majorität umzustimmen. Alle Anstrengung war vergeblich; das Bödeli im Oberland und St. Immer hat durch die radikalen Nationalrathswahlen der Regierung ein Mißtrauensvotum gegeben, und scheint nicht einen Regierungs- und Beamtenwechsel in Ruhe und Geduld abwarten zu wollen; denn schon kocht es in der Bevölkerung, und wenn es den Führern nicht gelingt, die Leute im Zaum zu halten, so haben wir in den nächsten Tagen Revolution. Amtsrichter Eggler in Armühle bei Interlaken ist, wie ich Ihnen gestern schon schrieb, von mehreren Radikalen angegriffen und mißhandelt worden. Als er sich sodann auf das Amtshaus begab, um als Vicepräsident die Geschäfte des abwesenden Gerichtspräsidenten Wyß zu übernehmen, drang ein Volkshaufe ins Haus, zwang ihn, seine amtlichen Funktionen zu unterlassen und nach Hause zu gehen. Die Polizei war zu schwach, ihm Hilfe zu verschaffen. Ein Pfarrer König wurde in seinem Hause förmlich belagert und gezwungen, mit seiner Familie in ein benachbartes Dorf zu flüchten. Regierungskathalter Müller steht diesen drohenden Bewegungen kraftlos gegenüber und macht Konzessionen. Die konservativen Gemeinderäthe von Unterseen und Armühle hat er sogleich entlassen, und die Behörden wieder mit den früheren radikalen Mitgliedern besetzt. Vielen Radikalen, denen früher die Waffen abgenommen worden waren, gab er sie wieder zurück. Mit seiner Einwilligung und auf seinen Wunsch organisierte die radikale Bevölkerung eine Bürgerwache, um Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Nach einem noch nicht bestätigten Gerüchte soll er sogar, in der Ueberzeugung, daß sein längeres Verweilen im Oberland den drohenden Sturm zum Ausbruch bringe, den radikalen Staatschreiber Weyermann gebeten haben, einstweilen für ihn zu funktionieren. Auch in St. Immer soll die Bevölkerung die Entfernung der konservativen Beamten verlangen. Die heißblütigen Bewohner des Jura werden sich auch bald rühren. Angesehene Radikale von hier sind in letzter Nacht in die aufgeregten Landesgegenden abgereist, um jeder ferneren gesetzwidrigen Handlung vorzubeugen. (F. J.)

Provincial-Beitung.

* **Breslau, 7. Nov.** [Das Münzkabinett der hiesigen Universität] ist von des Königs Majestät mit einem silbernen und einem bronzenen Exemplar der großen, auf die Feier der Enthüllung des Friedrichs-Denkmales geprägten Denkmünze beschenkt worden.

§ **Breslau, 7. November.** [Aus dem Gemeinderathe.] In öffentlicher Sitzung wurden gestern die neuerdings gewählten Mitglieder des Gemeindevorstandes, Prof. Dr. Kugen und Partikulier Walther, durch Herrn Bürgermeister Ewanger feierlichst vereidigt. — Zu der heute früh stattgefundenen Beerdigung des Herrn Regierungsrathes v. Heyden, welcher seit einer Reihe von Jahren zu den hiesigen Kommunalverhältnissen in amtlicher Beziehung gestanden, deputierte die Versammlung drei ihrer Mitglieder. — Am Schlusse wurde die gestrige Sitzung in eine geheime verwandelt. Ueber den Gegenstand der gepflogenen Berathungen verlautet noch nichts.

△ **Breslau, 7. Nov.** [Dr. Stein] eröffnete gestern Abend vor einem zahlreichen Zuhörerkreise im Café restaurant die angekündigten Vorlesungen mit einem Vortrage über Begriff und Umfang der Geschichte. Nachdem er die verschiedenen Vorstellungen von dem, was Geschichte sei und was in ihr Bereich gehöre, angegeben und durch einzelne Beispiele erörtert hatte, zeigte er, daß jene Vorstellungen notwendige Entwicklungslufen der Geschichtsschreibung selbst gewesen und erst in neuester Zeit durch die Philosophie zum logischen Bewußtsein gebracht worden seien. Die Erzählung alles Geschehenen gehört in das Gebiet der Chronik, Geschichte aber ist die Darstellung des konkreten Geistes der Völker, wie er sich im Staate und in der Gesellschaft verwirklicht. Dr. Stein wird in den folgenden Vorträgen über die verschiedenen Arten der Sklaverei im Alterthum, Mittelalter und der modernen Zeit sprechen und einen geschichtlichen Ueberblick über die Stellung der Frauen unter den verschiedenen Völkern geben. Dr. Elsner wird künftigen Donnerstag über den jetzigen Charakter der englischen Politik, die einzelnen politischen Parteien und den Eindruck, welchen das gesellschaftliche Leben Englands auf den Fremden macht, einen Vortrag halten, und später über die Lage der englischen Arbeiterbevölkerung und die Wirkung der Armengesetze, über die Industrieausstellung, das englische Unterrichts- und Erziehungswesen und den eigenthümlichen Charakter, wie er sich in Kunst, Religion und Wissenschaft zu erkennen giebt, fortfahren.

* **Breslau, 6. November.** [Das evangel. Kirchen- und Schulblatt], redigirt von den Herren Diak. Weiß und Subsenior Erüger, wird in seiner neuesten Nummer auch politisch. Dasselbe läßt sich über das dem Konstitutionalismus zu Grunde liegende Majoritäts-Prinzip folgendermaßen aus:

„Das Majoritätsprinzip ist eine Lüge und zwar eine satanische, weil durch dasselbe der Fessel Anlauf nimmt, durch Destillation und Verflüchtigung der Persönlichkeit die Hauptbedingung alles sittlich organischen Lebens zu zerstören.“

Das geht über Hengstenberg und die Kreuzzeitung!

* **Breslau, 7. Nov.** In dem heutigen „Schlesischen Kirchenblatt“ macht der Präses des kath. Vereins von Breslau, Herr Lic. Wick, bekannt, daß die allg. meine Versammlung der schles. katholischen Vereine am 18. und 19. November d. J. in Liegnitz stattfinden wird.

* **Breslau, 7. Nov.** [Der evangel. Verein] versammelt sich am 4. Nov. Krause, der Vorsitzende, erstattet den Zeitungsbericht, und macht insbesondere auf die Bitte um Beiträge für den Aufbau einer evangel. Kirche in Zobten aufmerksam. Es folgen Antworten von Fragen. Böhmmer: Ausdrücke der lutherischen Bibelübersetzung, die jetzt schwer verständlich sind,

hat besonders der Geistliche in Predigten und Katechesen zu erläutern. Ein plötzliches Abschaffen dieser Uebersetzung würde die Spaltung in der evang. Kirche vergrößern und um so unstatthafter sein, als die Uebersetzung vieles Gutes enthalte. Delsner: Wenn diese Uebersetzung durch eine neue ersetzt würde, so würde sich der Prediger manche trockene Erklärung ersparen können. Krause: Unter den jetzigen Verhältnissen ist die plötzliche Abschaffung des lutherischen Wortes nicht möglich. Böhmmer: Die Schutzheiligen, nach welchen evangel. Kirchen noch genannt werden, sind dem evangel. Bewußtsein keine wirkliche Schutzheilige. Dieses Bewußtsein erkennt bloß in Christo einen vollendeten Heiligen. Weingärtner: Wollte man jetzt die Namen der Kirchen ändern, so würde es genug Widerprüche geben. Krause: Versuche zu ändern sind selbst in Breslau vergeblich gemacht. Delsner: Man sollte wenigstens das „Sanct“ bei den Namen weglassen. Böhmmer: Falls bei Bibel- und Missionsfesten nur Geistliche einer Richtung thätig sein sollten, so erklärt sich das vielleicht daraus, daß die Geistlichen der andern Richtung nicht den Wunsch, dabei thätig zu sein, geäußert haben. Weingärtner: Ueber die Thätigkeit haben die Vorstände der Bibel- und Missionsgesellschaften zu entscheiden. Krause: Daß die Geistlichen der andern Richtung thätig sind, hat man erfahrungsmäßig von einer gewissen Seite her nicht gewollt. — Böhmmer: Sind Universitäten christliche Anstalten, so ist es begreiflich, daß Männer, die durch ihre Vorträge die Grundfesten des Christenthums erschüttern würden, zum Lehramt nicht zugelassen werden. Doch ist es wohl undenkbar, daß solche Männer, welche nicht mit dem Christenthume, aber mit Geistlichen irgend einer Kirchengemeinschaft in Konflikt gerathen sind, in das Lehramt nicht eintreten dürfen. Delsner und Krause: Das Gesuch eines Gelehrten, sich in der philosophischen Fakultät einer Universität für das Fach der Geschichte habilitiren zu dürfen, ist dem Gerichte nach deshalb abgeschlagen, weil er mit der katholischen Geistlichkeit einer Stadt in Konflikt gerathen ist. — Nachdem hierauf von Krause, Delsner und Böhmmer die Behinderung des Orgelbaues in einer schlesischen Kirche besprochen worden, kommt die Rede auf das alte Burgische Gesangbuch. Krause: Die unbedingte Rückkehr zu demselben ist nicht lobenswerth. Doch ist auch das von Gerhard besorgte Gesangbuch, welches viele Verbesserungen enthält, nicht ohne Weiteres festzuhalten. Fromme, poetisch begabte Männer sollen verbessern! Weingärtner: Das neue Gesangbuch ist nicht bloß von Gerhard, sondern auch von anderen Geistlichen, z. B. von Fischer besorgt worden. Delsner: Es finden sich in dem Burgischen Gesangbuche Geschmacklosigkeiten, Nr. 1, B. 4 und 7; Nr. 1416, B. 7; Nr. 1427, B. 2; Nr. 1140, B. 3 ff., ja Lieder, die der Jugend sittlich gefährlich werden können. Gegen Wiedereinführung des Burgischen Gesangbuchs hat der evang. Verein anzukämpfen. Böhmmer: Ueber Mängeln, welche sich in diesem Gesangbuche herausstellen, ist jene Innigkeit des christlichen Gefühls, welche in gar manchen Liedern des Buches ausstrahlt, nicht zu übersehen. Diese bildet einen erfreulichen Gegensatz gegen die nüchterne Verständigkeit, die in neueren Gesangbüchern vorherrscht und den Leser kalt läßt. Diese Innigkeit muß, wenn es sich um die Hervorbringung eines den sittlich religiösen Bedürfnissen der Gegenwart genügenden Gesangbuches handelt, bei Abstreifung jener Mängel festgehalten werden. So wird der Fortschritt auf diesem Gebiete ein besonnener. — Schließlich theilt Herbst ein aus dem evangel. Kirchen- und Schulblatt Entzücktes mit, welche, indem sie insonderheit die Förderung des Gustav-Adolph-Vereins angehen, nach dem Urtheile Herbsts und des Vorsitzenden erfreulich sind. Daß der Verein ein treues Abbild der echten evangel. Kirche immer mehr werde, ist der Wunsch Böhmers.

* **Oblau, 7. Nov.** [Religionswechsel.] Vorgestern ist unser Bürgermeister Herr Breuer zur evangelischen Kirche übergegangen.

△ **Liegnitz, 6. Novbr.** [Ein gestörtes Fest. — Baumfrevel.] Gestern Abend feierte der hiesige Verein für gesellige Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt sein drittes Stiftungsfest im Saale des Gasthofes zur Stadt Berlin vor der Pforte. Es hatten sich dazu eine große Menge Theilnehmer, namentlich aus den höheren Ständen der hiesigen Einwohnerschaft eingefunden. Auch der Regierungs-Vizepräsident, Herr v. Selchow, war zugegen. Das Festlokal war sinnreich durch die Wästen Ihrer Majestäten des Königs und der Königin, Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen etc. durch Transparents und Festons verziert worden. Während des Essens wurden eine Menge obligater und freier Toaste ausgebracht, so wie mehrere patriotische Lieder gesungen. Der geistige und gesellige Verkehr wurde bald ein allgemeiner und vertraulicher. Leider ereignete sich aber um Mitternacht ein sehr beklagenswerther Fall. Dem anwesenden Major und Rittergutsbesitzer Herrn von Möllentin auf Gassendorf war nämlich als einem anerkannten Patrioten von Seiten eines Mitgliedes ein Trinkspruch gewidmet worden. Der Angeredete erhob sich darauf von seinem Platze, ergriff das und sprach in sehr kräftigen Worten seinen Dank für die ihm geschenkte Aufmerksamkeit aus. Während dieses Aktes aber sank er plötzlich in die Knie und war binnen wenigen Augenblicken eine Leiche. Ein Nervenschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Dieses Ereigniß rief natürlich große Sensation hervor und bildete heute das Glas Stadtgespräch. — Heute gegen Abend war auf der Promenade hieselbst an einem der belebtesten Plätze ein frecher Baumfrevel begangen worden. Es hatte nämlich ein boshafter Mensch eine schöne, schon ziemlich alte Linde in Brand gesteckt. Das Feuer war durch eine von der Zeit gebildete Oeffnung in das Innere des Baumes praktiziert worden, und kam bereits die helle Flamme zum Vorschein, als man das Bubenstück gewahrte. Durch die sofort in Anwendung gebrachten Löschversuche gelang es jedoch, bald Meister des Feuers zu werden.

* **Sennigsdorf bei Auras, 4. Novbr.** [Schulhausweihe.] Heute wurde das von den Gemeinden Sennigsdorf und Hasenau in den Sommermonaten d. J. neu erbaute Schulhaus eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Der Herr Patron, Oberamtmann Matrone, Hr. Pastor Feyerabend aus Auras, Hr. Pastor Bornmann aus Heidewilken, die Ortsgerichte aus Sennigsdorf und Hasenau, so wie mehrere Lehrer aus der Umgegend beehligten sich an dieser Feierlichkeit. Auffallend war es, daß kein Gemeindeglied an derselben Theil nahm.

Die Feierlichkeit wurde früh um 10 Uhr im alten Schulhause, in dem sich die Schüler versammelt hatten, durch einen Gesang eröffnet, auf welchen eine Rede des Hrn. Pastor Bornmann folgte, die mit den Worten begann: „Unsern Ausgang segne Gott.“ Nach derselben wurden abermals einige Verse gesungen und das alte Schulhaus verlassen. Der Ortslehrer, die Schüler und die anderen Anwesenden gingen hierauf zum neuen Schulhause, während sie sangen: „Herr segne meinen Tritt.“ Eines der größeren Mädchen trug ein Kissen, worauf die Hirschberger Bibel und der Schlüssel zum neuen Hause lagen. Der Herr Patron schloß dasselbe auf, indem er die Worte sprach: „Ich öffne die Pforten zu Licht und Heil.“ Der Herr gebe seinen Segen! Nachdem in der neuen Schulküche ein Lied und von den anwesenden Lehrern ein Männergesang gesungen worden, sprach Hr. Pastor Feyerabend über die Wichtigkeit des heutigen Tages für die betreffenden Gemeinden, für den Lehrer und für die Schüler, und weihte die Räume zu ihrem hohen und heiligen Zwecke. Die Feierlichkeit schloß mit dem Dankliede: „Nun danket alle Gott.“ Ref. schließt mit dem Wunsche, daß auch in den Pforten der Parochie Auras, in denen noch alte, ihrem Zwecke nicht mehr entsprechende Schulhäuser sind, recht bald neue gebaut werden möchten. Erst dann kann das gesammte Schulwesen der Parochie den Grad der Vollkommenheit erlangen, den unsere Zeit fordert.

□ **Matibor, 5. November.** [Zweigverein des Gustav-Adolph-Vereins.] Der hiesige Zweig-Verein des Gustav-Adolph-Vereins hielt am vergangenen Sonntag nach beendigtem Frühgottesdienste seine General-Versammlung, die der Präses, Superintendent Redlich, mit geeigneter Ansprache eröffnete. Derselbe erstattete Bericht über die bisherige Einnahme und Ausgabe — es sind in den vier Jahren von 1847–50 etwa 210 Rtl. eingenommen und eben so viel ausgegeben worden — und reichte daran die Mittheilung des Wichtigsten aus dem Jahresbericht des schlesischen Hauptvereins und aus den Verhandlungen der letzten Sitzung des Centralvereins in Hamburg. Die darauf vorgeschlagene Neuwahl des Vorstandes unterblieb,

da der Antrag eines Mitglieds, daß die Gemeinde-Kirchen-Räthe ein für alle Mal den Vorstand des Zweigvereins bilden sollen, angenommen und demgemäß der § 6 der Statuten dahin abgeändert wurde. Am Schluß der Versammlung ermunterte der Superintendent Redlich die Anwesenden, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß dieser Zweigverein immer mehr thätige und Beiträge liefernde Mitglieder erhalte, damit den noch bedrängten Gemeinden immer mehr Hilfe gewährt werden kann.

Die Kirchenkollekte am verflossenen Sonntage, bestimmt für den Zweigverein, ergab 7 Rtl. 22 Sgr. 3 Pf., eine Summe, die für die kleine Gemeinde eine ergiebige zu nennen ist und von Theilnahme zeugt.

Gestern Morgen ist ein mit Gyps beladener Kahn, nachdem er sich losgerissen hatte, so heftig an den einen Eisbock der Überbrücke angefahren, daß er alsbald zertrümmert und seine Ladung in den Fluß gestürzt wurde.

(Notizen aus der Provinz.) * Gleiwitz. Der hiesige Gemeinderath hat den jetzigen Bürgermeister in Kosel, Herrn Schwanger, zum Bürgermeister gewählt.

* Görlitz. Die lustige Zeit der Kirmessen ist da. Die Blätter sind überfüllt mit Einladungen zur Kirmes-Feier. Dort werden Karpfen ausgeschoben, da Schweine ausgeschossen, hier Gänse ausgestochen, dort Enten ausgeholt. Jener hält den besten Wildpret- und Geflügelbraten in lachender Aussicht, dieser lockt seine Gäste mit frischen „Käsefäulchen“. — Und trotz all diesem Kirmes-Fubel macht J. Keller im Theater doch gute Geschäfte. Künftigen Montag giebt er das Scibe'sche Schauspiel: „Viktoria“.

† Rothenburg. Joh. Novotny, Dr. der Theologie, welcher bereits mehrere Jahre als Welpriester der römisch-katholischen Kirche zu Königin-Grätz in Böhmen fungirt hat und neulich in Breslau zur evangelischen Kirche übertrat, ist für die wendische Gemeinde zu Petershain als Pastor erwählt worden.

† Waldenburg. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß in keinen Blättern Schlesens die sogenannten „Ehrenerklärungen“ mehr grassiren als in den Blättern, welche in den Gebirgskräften erscheinen. Auch in dem neuesten Anzeiger der „Gebirgs-Blätter“ erklärt Hr. K. die Herren M. und J. für „unbescholtene Leute“. — Folgende „Bekanntmachung“ des „Anzeigers“ möge durch nachfolgenden Abdruck eine größere Verbreitung verschafft und zugleich als Stil-Muster empfohlen werden:

Ich Unterzeichnete mache hiermit einem jeden Menschen bekannt, wer auf mich, in baarem Gelde oder in andern Gegenständen, es hat den Namen wie es nur immer wolle, etwas borgt, oder mir Kosten zu zahlen verursacht, demjenigen zahle ich nichts dafür. — Ober-Altwasser, den 3. Nov. 1851. Kalles, Chauffee-Geld-Erheber.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

§ Breslau, 7. November. [Schwurgericht.] 1. Untersuchung wider die unverschämte Maria Lindner, wegen einfachen Diebstahls nach mehrmaliger Bestrafung wegen Diebstahls. Staatsanwalt: Professor Kanther. Verteidiger: A. A. Kuhn.

Am 29. April d. J. in der neunten Vormittagsstunde ging die bei dem Reuschestr. Nr. 34 wohnenden Handelsmann Salomon's Bedienung machende Tagearbeiterin Walter aus der Küche, um Wasser zu holen. Sie hatte die Küche, in welcher ein Faß mit nasser Wäsche stand, verschlossen, den Schlüssel aber im Schloße stecken lassen. Als sie zurückkehrte, traf sie die Angeklagte im Besitze des gestohlenen Gutes, dessen Werth auf 4 Rthlr. 20 Sgr. geschätzt wurde. Nachdem die Angeklagte sich unumwunden des ihr zur Last gelegten Verbrechens für schuldig bekannt hat, wird sie durch richterliches Erkenntnis zu der niedrigsten Strafe des vierten Diebstahls von 3 Jahren Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte und Stellung unter Polizei-Aufsicht verurtheilt.

2. Untersuchung wider den Tagearbeiter Kubitzky, wegen 4. Diebstahls.

Staatsanwalt: wie oben. Verteidiger: A. A. Windmüller. Im Frühling d. J. versuchte Kubitzky aus dem Hofe eines am Hofmarkte belegenen Hauses zwei Hühner zu stehlen, wurde jedoch von dem daselbst wohnhaften Zeugen Göbel bemerkt und bald darauf festgenommen. Der Angeklagte, welcher 42 Jahre alt, katholisch und bereits 19 Mal, darunter 15 Mal wegen Diebstahls bestraft, ist der That geständig und wird demgemäß mit der niedrigsten Strafe des vierten Diebstahls, 3 Jahre Zuchthaus, Verlust der Nationalfarben und Stellung unter polizeiliche Aufsicht bestraft.

[Für die nächste Schwurgerichts-Periode] ist Herr Kreisgerichtsdirektor Wachter zum Präsidenten des Schwurgerichtshofes ernannt.

[Eine Regierungs-Befugung.] Die „A.-Ztg.“ theilt nachfolgende Regierungs-Befugung mit: „Wiewohl der dortige Rathsherr Krüger in Untersuchungen wider Brune und Genossen vom Berliner Schwurgerichte von der Anschulldigung der strafbaren Fluchtbeförderung des ehemaligen Professors Rinkel freigesprochen ist, so muß doch noch zunächst, bevor er wieder in sein Amt als Rathsherr und Mitglied des dortigen Magistrats eingeführt werden kann, in nähere Erwägung gezogen werden, ob nicht im Wege der Disciplinar-Untersuchung gegen ihn vorzugehen sei. Dazu kommt, daß Seitens der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Erkenntnis des Schwurgerichts die Berufung eingelegt ist. Derselbe wird daher hierdurch angewiesen, die durch unsere Verfügung vom 24. September und 14. Oktober d. J. festgesetzte Suspension des r. Krüger vom Amte noch bis auf Weiteres aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig bestimmen wir hierdurch auf Grund des Ergebnisses der gedachten Untersuchung, daß, da der r. Krüger zu begründeten Beschwerden während seines Gewerbebetriebes als Gastwirth Anlaß gegeben hat, in Gemäßheit der allerhöchsten Kabinettsordre vom 7. Februar 1835 § 5 die polizeiliche Erlaubnis zur Gastwirthschaft dem Rathsherrn und Gastwirth Krüger auf das nächste Jahr 1852 nicht verlängert werden darf, so daß seine Berechtigung zum Gewerbebetriebe als Gast- und Schankwirth mit dem 1. Januar 1852 erlischt. Der Magistrat hat hiernach sofort das Weitere zu veranlassen. Potsdam, den 29. Oktober 1851. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern. (gez.) Troschel. An den Magistrat zu Spandau.“

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

X Aus Oberschlesien, im November. [Konkurrenz der Staats-Industrie mit der Privat-Industrie.] Unserer ober-schlesischen Eisen-Industrie droht eine neue Gefahr und zwar von einer Seite her, von welcher man nur die sorgsamste Pflege und Förderung ihrer Interessen erwarten sollte. Es ist nämlich die Anlage neuer königlicher Werke daselbst projektiert, deren schwunghafter Betrieb den Privatbesitzern von Eisenhütten gar bald eine ruinirende Konkurrenz machen dürfte.

Zuoberst sollen die vier Hochöfen in Königshütte umgebaut, auch wohl noch ein fünfter dazu gebaut, sodann aber ein Walzwerk errichtet werden, um die Alvenslebenhütte in Stand zu setzen, außer Schienen und zu gleicher Zeit mit deren Produktion auch Handelsisen zu fertigen.

Der Hr. Minister dürfte hier wie in andern Fällen von dem Grundsatz ausgehen, durch möglichst geringe Generalkosten und größtmögliche Produktion die Herstellungskosten der Fabrikate billiger zu machen und daher für das Publikum Preise zu stellen, bei denen die Privat-Industrie, welcher die Vortheile und Vorzugen des Fiskus nicht zur Seite stehen, unmöglich konkurriren kann, so daß in Folge dessen die ober-schlesische Eisenindustrie auch bei Erhaltung der Eisenzölle in ihrem Aufblühen erhalten würde.

Sie wäre dann vor der ausländischen Konkurrenz nur geschützt, um der noch gefährlicheren des Staats zu erliegen.

Wie unüberwindlich solche im vorliegenden Falle wäre, springt aber in die Augen, wenn man bedenkt, daß Bergfiskus keine Steuern zu zahlen hat und durch die reservirten großen Grubenfelder bei Königshütte in einer viel günstigeren Lage zur Eisenproduktion sich befindet, als irgend ein Privatmann in Oberschlesien! — Und während solches in Schlesien projektiert wird, denkt man nicht daran im Rheinland und Westfalen auch nur einen Thaler auf Staatswerke anzuweisen.

Es ist daher auch in Betracht dessen bei uns im Plane, sich petitionirend an die zweite Kammer zu wenden, und darin den Antrag zu stellen:

daß Fiskus der Königshütte aufgabe, von deren Anlage- und Betriebs-Kapital der Königs- und Alvenslebenhütte wenigstens 5 pCt. in Rechnung zu bringen, indeß bezweifeln wir noch, daß eine Einigung unserer Industriellen und eine Verständigung mit unseren Abgeordneten in dieser Beziehung zu Stande kommt.

Auch könnte man uns entgegenhalten, daß de jure unsere Beschwerde schon zu unsern Gunsten erledigt wäre,

da die zweite Kammer die durch den Mund und in dem Referate des Herrn v. Bismark aufgestellten Grundsätze, „daß es durchaus verwerflich sei, wenn der Staat Industrie auf eigene Rechnung und Gefahr treibe, daß deshalb die Etablissements der Seehandlung zu veräußern seien“ — angenommen und zu den übrigen gemacht hat.

Wir schmeicheln uns daher auch mit der Hoffnung, daß, indem wir hiermit unsere Besorgnisse öffentlich darlegen, das Gouvernement davon Veranlassung nehmen werde, seine Befugnis zur Anlegung neuer gewerblicher Etablissements nochmals ernstlich zu prüfen und vielleicht ganz und gar von einem Vorhaben abzustehen, dessen schädlicher Einfluß auf die Privat-Industrie außer allem Zweifel ist.

Monats-Übersicht der preussischen Bank, gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

| Aktiva. | |
|--|-------------------|
| 1) Geprägtes Geld und Barren | 23,749,600 Rthlr. |
| 2) Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassen-Scheine | 2,043,600 „ |
| 3) Wechsel-Bestände | 11,026,200 „ |
| 4) Lombard-Bestände | 9,039,200 „ |
| 5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva | 20,008,800 „ |
| Passiva. | |
| 6) Banknoten im Umlauf | 19,866,000 „ |
| 7) Depositen-Kapitalien | 26,274,800 „ |
| 8) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs | 6,869,300 „ |

Berlin, den 31. Oktober 1851.

** Breslau, 7. Novbr. [Produktenmarkt.] Der heutige Getreidemarkt war nur mittelmäßig besahren, die Kauflust schien auch heute etwas schwächer zu sein, daher Inhaber Mühe hatten, ihre Waaren zu den gestrigen Preisen zu veräußern. — Wir müssen schon eher noch um einige Silbergroschen pr. Scheffel zurückgehen, wenn sich unser Geschäft wieder beleben soll. Heute bezahlte man weißen Weizen mit 65 bis 73 Sgr., gelben Weizen 63 bis 69 Sgr., Roggen 54 bis 60 Sgr., Gerste 44 bis 47½ Sgr., Hafer 26½ bis 28 Sgr., und Erbsen 50 bis 55 Sgr.

Für Delaaten zeigen sich fortwährend Käufer zu eher bessern Preisen; wir notiren Raps 73 bis 78 Sgr., auch 79 Sgr., Sommer-Rüben 55 bis 60 Sgr. und Feinfaat 60 bis 63 Sgr.

Kleeaat war heute etwas ruhiger, es zeigten sich einige Pöschchen weißer Saat, und man wollte billiger kaufen, als zu Anfang der Woche. — Was jetzt von diesem Artikel nach Hamburg verladen wird, kann nicht mehr zu Wasser geschehen, sondern man muß dasselbe pr. Dampfwagen verladen, wodurch eine Mehrausgabe von circa 16 Sgr. pr. Ctr. entsteht; um dieses wollen nun Käufer billiger ankommen, wenn ihnen besonders ein kleiner Nutzen erwachsen soll. Rothe Kleeaat findet zu den bestehenden Preisen Nehmer, doch mögen Inhaber nicht glauben, daß wir ferner noch sehr steigen werden. Aus Frankreich werden die feinsten Qualitäten offerirt, die bisher gelegt auf 15 bis 16 Rthlr. kommen; solche Waaren haben wir selbst bei günstigen Ernten niemals aufzuweisen. Wenn daher in unserer Provinz Inhaber zurückhaltend werden sollten, so würden diejenigen französischen Saaten, welche für Hamburg bestimmt waren, den Weg zu uns per Eisenbahn nehmen, um dem Bedürfnis am hiesigen Plage und der Umgegend abzuheilen. Heute bezahlte man für weiße Saat 7 bis 11½ Rthlr. und für rothe 10 bis 14½ Rthlr.

Spiritus hat sich seit gestern merklich gedrückt, gestern Nachmittag zeigten sich Abgeber zu 11½ Rthlr. und heute war an der Börse selbst zu 11 Rthlr. kein erster Käufer. Für Novbr. nach Verkäufers Wahl fordert man nur 10½ Rthlr. Es sind wieder einige 100 Cimer aus der Mark bezogen worden, die den Preis darum drücken, weil sich der Consum täglich vermindert. Rübsl 10½ Rthlr. zu bedingen.

Zink ohne Umsatz, es ist damit eher matter, weil er von andern Handelsplätzen als sehr flau geschildert wird.

Wasserstand.

Oberpegel. Unterpegel.

Am 7. Novbr.: 19 Fuß 3 Zoll. 9 Fuß 10 Zoll.

Wasserstand der Oder an den Pegeln zu Briesg.

Oberpegel. Unterpegel.

Am 7. Novbr. 12 Uhr Morgens: 18 Fuß 6 Zoll. 13 Fuß 2 Zoll.

Berlin, 6. Novbr. Weizen loco 56—60 Rthlr., schwimm., 88 Pfd., weiß. bromberger 58½ Rthlr., 2 Ladungen circa 89 Pfd. hochb. thorer 58½ Rthlr. bez. Roggen loco 52½ bis 55 Rthlr. 86 Pfd., 53 Rthlr. pr. 82 Pfd. bez., pr. Nov. 52½—52 Rthlr. vert., dann wieder bis 52½ bez. und Glb., Frühl. 51½ u. 51½ vert., 52 Br. u. Glb. Gerste, große 38—40, kleine 36—38 Rthlr. Hafer loco 24—26 Rthlr. pr. Nov., Frühl. 48 Pfd. 26—25½ Rthlr., 50 Pfd. 27—26 Rthlr., Erbsen 47—50 Rthlr. Rapsaat, Winter-Raps und Winter-Rüben 71—70 Rthlr., Sommer-Rüben 56—55 Rthlr., Feinfaat 58—57 Rthlr. Rübsl loco pr. Nov. u. Nov.-Dez. 10½, bez. 10½, pr. Frühl. 10½—10½ Glb. Feinfaat loco 12½—12½ Rthlr., pr. Nov. 12½—12 Rthlr., pr. Frühl. 12 Rthlr. Br. Spiritus loco mit und ohne Faß 24½ Rthlr. bez. Nov. u. Nov.-Dez. 24½ u. 24 vert., 24 Br. u. Glb., Dez. 24½ u. 24 vert., 24 Br. u. Glb., Frühl. 26 bez. Br. u. Glb.

Stettin, 6. Novbr. Weizen, schlef., 89 Pfd. zu 57 pr. Frühl. regulirt, auf 58 Rthlr. pr. Frühl. gehalten. Roggen, anfangs höher bezahlt, schließt niedriger, 82 Pfd. pr. Nov. 53½, 53½, ½ bez., 53½ Br., pr. Frühl. 53 Rthlr. bez. u. Br. Gerste, 100 Pfd. 75 Pfd. vom. schwere 35½ bez. loco und pr. Frühl. 36 Rthlr. Br. Hafer, 52 Pfd. vom. loco 23 u. 24 Rthlr. nach Qualität bez., pr. Frühl. 27 bez., 27½ Br. Rübsl, angenehmer loco, pr. Nov. u. Nov.-Dez. 10 bez. u. Glb. Spiritus, anfangs fester, schließt matter, aus erster Hand zur Stelle ohne Faß 13½ bez., aus zweiter Hand in loco 13½, 13½, 13½ bez., 13½ Br., mit Faß 13½ bez., pr. Nov. u. Nov.-Dez. 14 bez., Frühl. 13½, 13½, bez., 13½ pCt. Br.

Görlitz, 30. Oktbr. [Wochenmarktbbericht.] Auf dem Plage waren: Weizen 1670, Roggen 2936, Gerste 1394, Hafer 896, Erbsen, 38 Scheffel. In den Getreidegewölben u. c. c. dürfte ebensoviel untergebracht und verkauft worden sein. Der Verkehr war mittelmäßig. Größere Einkäufe wurden nach Böhmen und Sachsen gemacht.

S. Breslau, 7. Nov. [Kaufmännischer Verein.] Vor der Tagesordnung begründete Herr Kaufmann Sturm einen Dringlichkeits-Antrag, betreffend die neu einzurichtende Feuer- amtliche Expedition der auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn hier eintref- fenden Frachtgüter aus Hamburg. Bis jetzt hat diese Expedition schon in Berlin stattfinden müssen. Da inzwischen die Verbindungsbahn so weit hergestellt ist, daß die Waaren in verschlos- senen Waggons nach Breslau befördert werden können, so hat die Regierung nunmehr beschlos- sen, auch die erwähnte feueramtliche Abfertigung hierher zu verlegen. Es wird deshalb von der Direktion der ober-schlesischen Bahn dahin gewirkt, die mit der neuen Einrichtung ver- bundenen Vortheile ihrem Bahnhofe zuzuwenden. Für Aufbewahrung der Transitgüter hat die Direktion nicht nur ihre Speicher, sondern auch die Summe von 40,000 Thalern zur Erweite- rung derselben den Behörden angeboten. Demungeachtet erheischt es das Interesse der hiesigen Kaufmannschaft, wegen der Nähe zur Stadt, zum alten und neuen Packhofe, so wie zur Ober- daß die feueramtliche Expedition der Hamburger Frachtgüter am märkischen Bahnhofe statt- finde. Die Handelskammer hat diese Angelegenheit bereits zum Gegenstande einer Vorstellung an den Handelsminister gemacht, der Gemeinderath und Magistrat beabsichtigen demnach ähn- liche Schritte zu thun. Der Redner schlägt daher vor, der Verein möge sich ebenfalls in einer von den betheiligten Kaufleuten unterzeichneten Adresse an den Handelsminister wenden, um da- durch dem Gesuche der Handelskammer mehr Nachdruck zu geben. — Herr Cohn bemerkte hierauf, daß unter den angeführten Motiven noch das fehle, daß die Posener Bahn voraussicht- lich in die märkische einmünden und dadurch eine bedeutende Verstärkung des Verkehrs auf der letzteren entstehen würde. — Der Vorsitzende Herr Hammer hat erfahren, es sei höheres Orts schon beschlossen, die neue Einrichtung auf den ober-schlesischen Bahnhof zu verlegen. — Herr Grund fand dies insofern zweckmäßig, als jene Bahn die meisten Räumlichkeiten zur Anlage von Remisen besitze. — Herr Neugebauer wollte das Gesuch des Vereins an den Magistrat gerichtet wissen. Mit dem von Herrn Sturm vorgetragenen Entwurf einer Petition an das Ministerium erklärte sich die Versammlung im Wesentlichen einverstanden und ernannte dann in den Herren Sturm, Hammer, Strobach, Reder, die Redaktions-Kommission für etwaige Abänderungen in der Fassung des Schriftstücks.

Die Handelskammer übermachte dem Verein die Abschrift einer Petition, welche sie auf des- sen Antrag bezüglich der Aufbewahrung und des Debits mit Gistwaaren an das Handelsmini- sterium gerichtet hatte. Es wird darin um Revision der betreffenden Verordnung, welche der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts angehört, unter Aufstellung zeitgemäßer Prinzipien für den Verschleiß jener Waaren nachgesucht. Die Versammlung votirt der Handelskammer für die Befürwortung jenes Antrages ihren Dank.

In Bezug auf das mehrfach in Frage gestellte Ortsstatut hat auch die Handelskammer be- reits Erörterungen gepflogen, die jedoch erst in den nächsten Sitzungen ihre Erledigung finden dürften.

Das in der letzten Plenarsitzung des Gewerberaths abgelehnte Schiedsgericht für Handel- treibende wird von Herrn Cohn des näheren besprochen. Ein königliches Gericht bestche in Stettin schon seit vielen Jahren auf Grund eines Abkommens unter den dasigen Kaufleuten. Dasselbe sei aus 18 Kaufleuten und 6 Juristen gebildet, welche letztere ihre Aemter unentgeltlich versehen. Gegen die Aussprüche dieses Schiedsgerichts ist, einer Bestimmung des A. L. R. zu- folge, keine Appellation zulässig, da jeder Schlusszettel, welcher von den verurtheilten Senjalen aus- gestellt wird, die Entscheidung etwaiger Streitigkeiten dem Ausspruche jenes Schiedsgerichts an- heimgebe. — Herr Reder meinte, die hiesige Börsen-Kommission übe gleiche Funktionen, doch mit ungünstigem Erfolge, weil der Verurtheilte es selten bei ihrem Bescheide bewenden läßt. Dem wird jedoch widersprochen, indem auf den Unterschied der genannten Körperschaften hinge- wiesen wird. Die Versammlung erklärte sich für Vertagung des Gegenstandes.

Mannigfaltiges.

† Gräfenberg, 3. Novbr. [Priesnitz. — Haynau. — Zeisberg.] Es dürfte vielen Lesern dieser Zeitung angenehm sein zu erfahren, daß es mit Priesnitz's Befinden wesentlich besser geht, er muß allerdings noch das Bett hüten, da ihm das Gehen wegen des Knöchel-Geschwürs noch schwer fällt.

An Wohnungen ist immer noch ein großer Mangel. Fortwährend kommen neue Kurgäste an.

Feldzeugmeister Haynau macht hier eine herrliche Kur, Priesnitz meint selbst, es sei eine Freude, die Fortschritte seiner Besserung zu sehen. Auch befindet sich der Feld- marschall-Lieutenant Zeisberg auf einige Tage zum Besuch hier.

Uebrigens hat der von Ihrer Zeitung Nr. 301 u. f. gebrachte Artikel über hiesige Zustände ein immenses Aufsehen gemacht und die betreffenden Zeitungsblätter gehen von Hand zu Hand.

— (Köln.) [Verhandlungen des Gemeinderathes am 4. Nov. 1851.] Der Ge- meinderath beschließt, dem hiesigen Stadttheater, so wie dem Stollwerckschen Baude- villentheater, die bisher für die Aufführung dramatischer Kunstschöpfungen in Procentsätzen von dem Brutto-Ertrage erhobene Armenabgabe unter der Bedingung, für diesen Winter, sofern und so lange beide neben einander bestehen, zu erlassen, daß dieselben den Brutto-Er- trag von vier Vorstellungen, für welche die Wahl des Tages, des Stückes und die Besetzung derselben, nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte, der Stadtbehörde vorbehalten wird, in die Ar- menkasse fließen lassen, und die ganze Angelegenheit der Armenabgaben von theatralischen Vor- stellungen, Behufs desfallsiger Bestimmungen, für die Zukunft durch eine Kommission erörtern zu lassen, deren Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen ist.

— (Bologna.) [Ein gerechtfertigter Mörder.] Die Mittheilung von der Ermordung des berühmten italienischen Sängers Fraschini durch seinen Kollegen Collini lief vor einiger Zeit durch alle Blätter. Den Ursprung des Gerüchts schildert Fraschini in einem eigenhändigen Schreiben: „Ich vernehme so eben die große Neuigkeit, weiß aber keinen Fraschini, der von Collini getödtet sei, oder umgekehrt; nur so viel weiß ich, daß ein Brief von Triest hierher kam, der uns mittheilte, daß Collini mich aus Eifersucht oder andern Gründen erdolcht habe. Der Grund dieser Fabel mag in Folgendem liegen: Der Buffo Zurchini kam hier in ein Kaffee- haus: man fragte ihn, was es Neues gebe? „Fraschini hat den Bassisten Tabellini mit drei Dolchstichen ermordet“, sagte er, meinte aber damit meine Rolle in der Oper: *Louisa Müller*, in welcher jener Bassist den Sekretär Wurm giebt (d. h. ich erschieße ihn auf der Bühne, was ich zur Vermeidung weiterer Mißverständnisse hinzufüge). Da nun die Oper dreimal ge- geben war, machte das drei Dolchstiche. Aus diesem Scherze erfolgte nun ein endloses Hören- sagen, demzufolge man sich erzählte, daß ich Collini, Tabellini, Lusina, ja sogar meinen Bedien- ten ermordet habe.

— (Magdeburg, 5. November.) Gestern Abend 8 Uhr sprang in der Zuckerfabrik von G. Helle in der Sudenburg ein Dampffessel, wodurch eine Frau sofort getödtet und mehrere andere Personen lebensgefährlich verletzt wurden. Wen die Schuld an diesem Unglücke trifft, ist noch nicht festzustellen gewesen.

— (Näheres zur Hubertusjagd.) Am 3. November fand im Spanbauer Forstrevier Brunwald die St. Hubertus-Jagd statt. Das Jagd-Revuevrou war um 12 Uhr im königlichen Jagdschloß daselbst besohlen. Ihre Majestäten, so wie die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, mit Ausnahme des Prinzen von Preußen (höchstwahrscheinlich wegen Unwohlseins nicht anwesend war), verberstigten die Jagd durch Allerhöchstdire gegenwart. Bald nach halb 1 Uhr bestiegen Se. Majestät der König das Jagdpferd, und der wahrhaft imponirende Jagd- zug setzte sich von dem erwähnten (vor mehr als 300 Jahren erbauten) Jagdschloß in Bewe- gung beim Klange der Fanfaren, welche die Hornisten des Garde-Jäger-Bataillons auf dem Schloßhofe erklingen ließen. Der Zug wurde durch den Förster des Reviers eröffnet, dann folg- ten die königliche Meute, mehrere Förster, eine Abtheilung reitender Jägers, die beiden Ober- förster des Potsdamer und Künröder Reviers, dann kam der königliche Hoffjägermeister v. Pachelbl-Graf, welcher Sr. Majestät unmittelbar vorritt. An der Seite Sr. Majestät rit- ten Ihre königl. Hohheiten die Prinzen Karl, Albrecht und Friedrich Karl, die Jagdgeellschaft (von 148 Theilnehmern) folgte, und an diese schlossen sich die Equipagen Ihrer Majestät der Königin und der Frau Prinzessin Karl königl. Hohheit an. In der Jagdgeellschaft bemerkte man Ihre Hohheiten die Erbprinzen von Anhalt-Desau und Sachsen-Altenburg, die Prinzen

Moritz von Sachsen-Altenburg, von Hessen, Ihre Durchl. die Prinzen von Hohenlohe, Hol- stein, Reuß und Lippe, Ihre Excellenzen die Generale v. Brangel, v. Neumann, Graf v. Wal- dersee u. c.; ferner Se. Excellenz der Grafen Redern, die Hofmarschälle Graf Pückler, Marquis v. Luchefini, den Prinzen Garadja, Legations-Sekretär der hohen ottomannischen Pforte u. c. — Acht Minuten vor 1 Uhr wurde unweit des Saugartens auf ein Hauptschwein (einen sehr har- ten und doch sehr flüchtigen Keiler) mit 29 Koppeln angelegt. Die Meute nahm die Fährte vortheilhaft auf, durchschwamm bald nach dem Anlegen den Barssee, immer Hals gebend, und folgte dem Ufer sehr rasch durch die Jagd 46, 45, 56 und 63, wo derselbe durch die Havel nach Pichelswerder hinüber gewechselt war. Sofort stürzte sich die jagdlustige Meute in die Havel und durchschwamm, geschlossen und mit herrlichem Geläut, den Fluß. Kaum am jen- seitigen Ufer angekommen, saßte der Keiler wieder Wasser, die Meute folgte nach, und nun ent- spann sich ein Wasserkampf (eine Art Seejagd möchte man es nennen), der von beiden Sei- ten mit großer Energie und Kühnheit geführt ward, bis sich der Verfolgte hinter einigen Al- kernen und Fischkasten zurückzog und möglicherweise über die Zerrissenheit seiner Zukunft nach- dachte. Ein Kahn mit einigen Herren, welcher ihm nahe, veranlaßte ihn, den Freihafen zu verlassen und sich wieder auf die Insel zu begeben, wo ihn indessen die Meute bald einholte und fing. Der Rittmeister Graf Bismarck hob aus, Se. Majestät der König gingen ab. Einige 40 Reiter waren in Köhnen nach der Insel hinüber gesetzt worden, und empfingen aus den Händen Seiner königlichen Hohheit des Prinzen Karl das Sie- geszeichen, den grünen Bruch! — Die Ufer der Havel boten ein sehr belebtes Bild dar; die schönen, mit den köstlichsten Pferden bespannten Wagen Ihrer Majestät der Königin und der Frau Prinzessin Karl königl. Hohheit hielten dicht am Wasser, Jagdtheilnehmer in den weitläuf- tigen Schlarfröcken, viele Zuschauer in Civil, die königl. Stallmeister und Oberförster in Gala-Uniform sprengten am Ufer hin und her, Jagdläufer in glänzenden, fast diabolischen Ko- stümen führten schöne Pferde auf und ab, der Fluß ward durch viele Köhne belebt und der dunkle, schweigende Wald bildete den Hintergrund! — Nachdem Se. Majestät, die königl. Prin- zen und die anderen Herren von der Insel zurückgekehrt waren, ordnete sich der Zug wieder und zog nach dem Schloß Brunwald zurück, wo die königl. Tafel stattfand. Die Jagd hatte circa ¼ Stunden gedauert; das Wetter war im Ganzen günstig (ein kleiner Strichregen während des Halali abgerechnet) und kein Unglücksfall trübte die allgemeine Freude. (N. Pr. Z.)

— In Paris ist ein junges Mädchen aus Tahiti angekommen, welches eine herrliche So- pranstimme und großes musikalisches Talent besitzen soll. Dieses Mädchen, welches erst fünfzehn Jahre alt ist, hat auf ihrer Heimathinsel in der von der französischen Verwaltung daselbst er- richteten Anstalt die nöthige Schulbildung erhalten und ist dann auch in den Elementen der Musik unterrichtet worden. Sie ist schön, hat gute Geistesanlagen, heißt Drea und ist die Tochter eines Häuptlings zweiten Ranges aus den Gesellschaftsinseln. Königin Pomare, die bekanntlich eine große Freundin der Musik ist, nimmt lebhaftes Interesse an ihr und hat sie in den Konzerten singen lassen, die in neuerer Zeit an ihrem Hof gegeben und von den Offizieren der Seeestation fleißig besucht wurden. Die junge Insulanerin spricht sehr gut französisch und singt in ihrer Nationalsprache die Lieder von Oceanien, die auf Bougainville und seine Beglei- ter so mächtig wirkten. In Paris in dem Conservatorium für Musik wird sie für eine wahr- scheinlich bedeutende Zukunft weiter ausgebildet.

— Das „Abenement“ erzählt, daß am 2. November ein prachtvoller Eber von dem Char- cutier Lepine zu Paris ausgestellt gewesen, dem folgende von Rosen und Lorbeer umgebene Inschrift am Halse hing: „Getödtet von Odilon Barrot. Herr v. Rothschild, dessen Geschmack hinlänglich bekannt ist, hat den jungen Eber gekauft, den der parlamentarische Nim- rod erlegt!“

[724]

Bekanntmachung.

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt 2 Personen, daran gestorben 6 Personen, davon genesen 6 Personen polizeilich gemeldet worden. Breslau, den 7. November 1851. Königl. Polizeipräsident.

[2232]

Interessante Neuigkeiten, vorrätzig in der Buchhandlung Josef May u. Komp. in Breslau.

- Gothaisches genealogisches Taschenbuch** für 1852. n. 1. Rthl. 5 Sgr.
Taschenbuch der gräflichen Häuser für 1852. n. 1. Rthl. 15 Sgr.
Archiv für Rechtsfälle aus der Praxis der Rechtsanwälte des königl. Ober- Tribunals, redigirt von Th. Striethorst. 1. Bd. Preis für 4 Bde. n. 4 Rthl. 20 Sgr.
Atlas zu Alex. von Humboldt's Kosmos, von Bromme. 1. Lief. n. 1 Rthl.
v. Bethmann-Hollweg, Reaktivirung der preuß. Provinzial-Landtage. n. 5 Sgr.
Bilder aus dem Leben des Herrn und seiner Apostel, mit erläuterndem Texte von Passig. 1. Lief. n. 5 Sgr.
Boas, Schiller und Göthe im Penienkampfe. 2. Bde. 2 Rthl. 12 Sgr.
Gesetz, betreffend den Ansat und die Erhebung der Gerichtskosten vom 10. Mai 1851. n. 15 Sgr.
Gesetz, betreffend den Ansat und die Erhebung der Gebühren der Rechts- anwälte und Notare vom 11. u. 12. Mai 1851. n. 15 Sgr.
Haus-Chronik, herausgegeben von Braun und Schneider. 1. Bd. 1. Heft. 10 Sgr.
Heine, Romanzo. n. 2 Rthl.
Heine, Faust. n. 25 Sgr.
Hefekiel, Neues Berliner Historienbuch. 1. Lief. n. 5 Sgr.
Hoffmann, (Verfasser des Sturmweispeter.) **König Rußnacker** und der arme Reinhold. n. 1 Rthl.
Horn, Ludwig Kosuth. 1. Bd. n. 2 Rthl.
Jahrbuch der preussischen Gerichtsverfassung mit den Anciennetäts- listen der Justizbeamten. 1 Rthl.
Kirchhof, Das Unkraut. Anleitung zur Vertilgung der Acker- und Wiesen- Unkräuter. Mit 12 Holzschnitten. 24 Sgr.
Klapka, Der Nationalkrieg in Ungarn und Siebenbürgen in den Jahren 1848 u. 1849. 2 Bde. n. 4 Rthl. 20 Sgr.
Kurz, Geschichte der deutschen Literatur. 1. Lief. 9 Sgr.
Merkel, deutsche Märchen mit Randzeichnungen. 1. Lief. n. 10 Sgr.
Stöckhardt, chemische Feldpredigten. 1. Abth. n. 1 Rthl.
Baerst, Gastrosophie oder die Lehre von den Freuden der Tafel. 2. Bde. n. 3 Rthl. 20 Sgr.
Valerius, Handbuch der Noheisen-Fabrikation nebst 28 lithographirten Tafeln. n. 8 Rthl.
Zoll-Tarif für die Vereins-Staaten, gültig vom 1. Oktober 1851. 5 Sgr.
Alphabetisches Waarenverzeichnis zum Vereins-Zoll-Tarif, bear- beitet von Krieg. 18 Sgr.

